

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Kardinal
Meissner:**

**„Rüstung
ist uns
lieb und
teuer“**

S.14



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
USA: Bad Boy Bill	3
Kohl führt, wer folgt?	4
Konzerne zum „Reformstau“	5
Katholische Kirche auf dem fundamentalistischen Weg	5
Nationalkonservative suchen neue Wege	6
Opposition gegen den Großen Lauschangriff	7

Auslandsberichterstattung

Kuba: Papstbesuch schwächt USA	8
Frankreich: Will KP dem Arbeitslosenprotest die Spitze nehmen? ..	8
Türkei: Regierung gibt viele Morde zu	9
Krise der palästinensischen Linken	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Mannheim: Gemeinsamer Widerstand von Gewerkschaftern und Studenten	13
Aktionstag vor den Arbeitsämtern	13
Köln: Soldatengottesdienst	14
Freies Radio Rhein-Neckar	14
Bayern: Volksbegehren für Demokratie und Bildung	15
Dresden: Naziaufmarsch und Gegenprotest	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Kanther: Es gibt nichts zum Nulltarif	19
IG BCE Ludwigshafen: Tarifrunde 1998	20
Opel: Standortvertrag sichert keine Arbeitsplätze	21

Diskussion und Dokumentation

Diskussionbericht: Parteibildung, Wahlkampf, Parteiaufbau	22
In und bei der PDS	26

Termine	28
---------------	----

IN BONN PFLEGEVERSICHERUNG:

In ihrem ersten Bericht über die 1995 eingeführte Pflegeversicherung kommt die Bundesregierung zu dem Ergebnis, die neue Versicherung habe „spürbare Verbesserungen“ gebracht. Über 1,5 Millionen Menschen bezogen Mitte 1997 Mittel aus der Versicherung. Knapp 1 Million davon waren in ambulanter Pflege. Von ihnen erhielten 532 000 Personen ein Pflegegeld von 400 DM im Monat oder Sachleistungen bis zu 750 DM (Pflegestufe 1), 490 000 Personen ein Pflegegeld von 800 DM oder Sachleistungen bis 1800 DM (Pflegestufe 2), 143 000 Personen ein Pflegegeld von 1300 DM im Monat oder Sachleistungen bis zu 2800 DM, in Härtefällen sogar bis 3750 DM. 430 000 Personen bezogen Leistungen der Versicherungen in stationärer Pflege. Im Jahr 1995 hatte die Pflegeversicherung wie geplant eine Reserve von 9 Mrd. DM anlegen können, für 1997 geht die Regierung von Einnahmen und Ausgaben der Pflegeversicherung in Höhe von ca. 30 Mrd. DM aus. Die Kommunen hätten 1997 durch die Pflegeversicherung ca. 10 Mrd. DM Sozialhilfe eingespart.

WENIGER BAFÖG: Die Zahl der Studierenden, die Ausbildungsförderung nach dem BAFÖG erhalten, ist weiter rückläufig. Das hat die Bundesregierung in ihrem 12. BAFÖG-Bericht eingeräumt. 1994 wurden noch 355 000 Studierende gefördert, 1996 nur noch 274 000 – ein Rückgang um 23% binnen zwei Jahren. Gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden (1996 ca. 1,81 Millionen) erhielt damit 1996 nur noch ca. 15% der Studierenden BAFÖG. Die Regierung räumt offen ein, daß sie diese Verschärfung der sozialen Selektion bewußt herbeigeführt habe: durch die jahrelange Nichtanpassung der Freibeträge und Bedarfssätze seien immer weniger Anspruchsberechtigte in den engen gesetzlichen Schranken geblieben.

GEGEN SOZIALGEBÜHREN: Die PDS-Bundestagsgruppe hat einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, daß Lohnersatzleistungen auf Antrag des Beziehers auch künftig zweiwöchentlich ausgezahlt werden. Die Umstellung der Auszahlung z.B. von Arbeitslosengeld auf monatliche Zahlung bringe viele Bezieher in zusätzliche Schwierigkeiten. Außerdem fordert die PDS, daß die Gebühren, die seit Jahresbeginn vom Arbeitslosengeld abgezogen werden, wenn die Bezieherin oder der Bezieher kein Girokonto haben, sofort wieder abgeschafft werden. Dies sei eine „nicht akzeptable“ zusätzliche finanzielle Belastung gerade derjenigen Arbeitslosen, die ohnehin die größten finanziellen Schwierigkeiten haben. (Drucksache 13/9592)

„GLÄSERNER PATIENT“? Bundesgesundheitsminister Seehofer hat ange-

kündigt, daß die bereits zum 1. Januar 1996 geplante Verschlüsselung ärztlicher Diagnosen zur elektronischen Übermittlung an die Krankenkassen (auch bekannt als „ICD 10“) vorerst nicht verbindlich in Arztpraxen eingeführt wird. Gegen die Einführung dieser standardisierten Auskunft an die Krankenkassen hatte sich früh Widerstand in Kreisen der Ärzte und Patienten geregnet, die Grünen und andere hatten vor der Gefahr eines „gläsernen Patienten“ gewarnt, dessen persönliche Krankheitsbefunde unkontrolliert weitergereicht würden.

STEUERRECHT À LA CSU: Der Bundesfinanzhof, dessen (CSU)-Präsident sich vor Monaten für eine Amnestie für Steuerflüchtlinge ausgesprochen und damit einer Ausbreitung von Steuerrecht nach „Amigo“-Art das Wort geredet hatte, hat nun mit einem Urteil den Zorn der SPD auf sich gezogen. Am 22.1. erklärte das oberste Steuergericht der Republik sog. „Mehrkontenmodelle“ für zulässig. Danach können Selbständige ihre Schuldzinsen auch dann von ihrer Steuer absetzen, wenn das den Zinsen zugrundeliegende Darlehen für den Kauf eines privaten Hauses oder Autos verwendet wurde. Der finanzpolitische Sprecher der SPD im Bundestag, Poß: Das sei eine eklatante Bevorzugung von Selbständigen gegenüber Arbeitnehmern. Letztere dürften ihre Schuldzinsen für Eigenheime nicht von der Steuer absetzen. Das Urteil sei ein weiteres Beispiel, „wie das deutsche Steuerrecht immer mehr an Akzeptanz verliere“. Die SPD erwägt eine Verfassungsklage.

KEINE REGIONALKASSEN: Der von der bayerischen CSU und der baden-württembergischen CDU angefachte Streit um eine „Regionalisierung“ der Krankenkassen ist vorerst beigelegt. Die Sozialminister der beiden Bundesländer hatten eine solche Regionalisierung gefordert, weil sie sich davon wegen der vergleichsweise günstigeren Arbeitsmarktlage in ihren Ländern eine Senkung der Beiträge erhofft hatten. Um so höhere Beiträge in anderen Bundesländern, vor allem im Osten, wären die Kehrseite gewesen. Die Mehrheit der Bundesländer hatten sich deshalb einer „Regionalisierung“ widersetzt. Am 22.1. vereinbarten die Sozialminister der beiden Länder und das Kanzleramt, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das bis zum Jahr 2000 vorliegen soll. Also aufgeschoben, nicht aufgehoben.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 5. Februar berät der Bundestag über Forschungspolitik und die Stärkung des „Risikokapitalmarktes“, über Absatzförderung für Ostprodukte, Nichtraucherschutz und Tourismus. Am Abend kommt ein PDS-Antrag über Stärkung unmittelbarer Demokratie (Volksentscheid u.ä.) zur Beratung. Am 6. Februar berät der Bundesrat über den Lauschangriff.

Bad Boy Bill

Bei dem ganzen Getöse um den neuesten Clinton-„Skandal“ fragt man sich immer wieder, warum sind sie hinter ihm her? Wer genau auf der Rechten ist die treibende Kraft? Warum hängen sie an seinen Fersen seit dem ersten Tag seiner Amtszeit, obwohl er erklärtermaßen ein Mann der Mitte der Demokratischen Partei ist. Was versprechen sie sich davon, die Umtriebe des Sonderanwalts Starr ins Unendliche zu ziehen?

Vom Gesichtspunkt der Linken gesehen ...

hat Clinton alles getan, was die Kapitalisten von ihm wollten und was sie mit einem Präsidenten aus der Republikanischen Partei kaum mit so wenig Widerstand hätten erreichen können. Clinton hat den Plan einer staatlich geregelten allgemeinen Krankenversicherung fallen gelassen. Er hat das Wohlfahrtssystem auseinandergerissen. Er hat seine Wahlversprechen zum Schutz der Homosexuellen, Lesben etc. nicht betrieben. Er hat wenig getan gegen die praktische Aufhebung der „Equal Opportunity“-Gesetze und anderer Maßnahmen zum Abbau ungleicher Chancen aus rassistischen Gründen. Er hat aktiv für die Verabschiedung von NAFTA gekämpft. Er will vom Kongreß Vollmachten für „Fast-Track“-Verhandlungen über neue Handelsabkommen haben. Er steht ganz auf der Seite der neuen Welthandelsabkommen, die nationale Gesetze zum Schutz der Arbeiter, Arbeitssicherheit und Umwelt außer Kraft setzen können – beides sicher ganz im Interesse der Kapitalisten. Er hat nichts Großartiges für den Umweltschutz getan. Im Gegenteil, die USA haben den Zeitplan für die Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen verzögert. Der Lieblingswunsch der Republikanischen Partei, die Herabsetzung der Kapitalertragssteuer, wurde erfüllt – nicht unter Reagan, nicht unter Bush, aber unter Clinton. Und er verspricht, gegen den Irak vorzugehen und gegen jedes andere, von der US-Regierung als „ungebärdig“ gebrandmarkte Land. Was mehr kann die Rechte von ihm wollen?

Vom Gesichtspunkt der Rechten gesehen ...

ist nichts gut genug. Sie wollen die „Liberalen“ in der Demokratischen Partei ein für alle Mal ausmerzen. Sie wollen die letzten Überbleibsel der Gesetzgebung aus der New Deal Periode zum Schutz des Volkes gegen den ungezügten Kapitalismus beseitigen. Das ist ein durchgehendes Thema der Strategie der Reaktion der letzten 10 Jahre. Sie wollen Social Security, die staatliche Rentenversicherung und jedwedes Sozialprogramm abbauen (Schlagwort „leaner, meaner government“ – deutsch: schlankere, gei-

zigere Regierung“). Sie wollen jede Einschränkung gegen die freie Herrschaft des Kapitals in den USA und in der ganzen Welt beseitigen. Sie wollen ein Wiedererstarken der Gewerkschaften verhindern. Der erfolgreiche Streik der Teamsters unter Carey hat sie aufgeschreckt (kein Wunder, daß sie hinter Carey her sind). Es wird berichtet, daß die Gewerkschaften die Erteilung der „Fast-Track“-Vollmachten für Clinton verhindert haben. Die Gewerkschaften betreiben eine Kampagne mit dem Ziel, die Erhöhung des Minimallohns an die Inflation zu binden. Es scheint, daß die Rechte meint, jetzt ist die Zeit zu handeln, bevor es zu spät ist.

Braut sich was zusammen?

Vor einiger Zeit gab es Berichte in den Zeitungen über eine Tagung von Industriebossen und anderen weitsichtigen führenden Persönlichkeiten der Bourgeoisie mit dem Thema „Auswirkungen



Der Herausgeber der „Chicago Tribune“ plazierte diese Karikatur in sein Blatt. So denken also Amerikaner, wenn sie anders denken als der Herausgeber der „Tribune“. Nur sind's nicht 60, sondern 73%.

eines ungezügten Kapitalismus“. Es scheint, daß sich Teile der Rechten Sorgen machen, daß das Volk die Lage nicht länger hinnimmt. Aktiviert wurde ein Forschungsprogramm der US-Bundesregierung zur Vorhersage von Brennpunkten zukünftiger Revolutionen in der Dritten Welt.

Wahljahr

Im November dieses Jahres sind Wahlen – das gesamte Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats werden neu gewählt. Die Rechte ist aus guten Gründen besorgt über einen möglichen Rückschlag, daß sie die Mehrheit in einem der beiden Häuser verlieren könnten. Denn der gefeierte Wirtschaftsboom hat nur den Kapitalisten und ihrem Anhang was gebracht. „Gesundschrumpfen“ („Downsizing“) und Firmenaufkäufe sind weiterhin und mehr denn je in großem Umfang in Gange. Die Leute sind ständig besorgt um ihren Arbeitsplatz.

Der Schuß ging nach hinten los

Es scheint, daß der Schuß der Rechten

nach hinten los gegangen ist. Clintons Abschneiden in den Meinungsumfragen nach seiner „State of the Union“-Ansprache (Regierungserklärung) hat nie zuvor erreichte Höhen erreicht: 73% sind mit ihm als Präsident zufrieden gegenüber 57% am Tag zuvor; weit höher als Reagan – „the great Communicator“ – je erreicht hat (unter 67%). Clinton hat – war gezwungen, um von dem „Skandal“ abzulenken? – Themen in seine State of the union-Ansprache gepackt, die er vielleicht sonst nicht angesprochen hätte: eine mehrfach wiederholte, feste Erklärung, die Sozial Sicherheit zu erhalten und zu stärken („jeder Pfennig des erwarteten Haushaltsüberschusses geht in die Social Security“); Erhöhung des Minimallohns, Medical Bill of Rights – Gesetze gegen die Verweigerung von ärztlich verordneten Behandlungen durch die Versicherungsunternehmen; Öffnung der staatlichen Medicare-Krankenversicherung für Leute ohne Krankenversicherung (40 Millionen); Steuererleichterungen für Ausbildung inkl. Weiterbildung für Erwachsene; Mittel für 100.000 mehr Lehrer mit dem Ziel, die Klassengröße auf 18 Schüler zu reduzieren; Mittel für mehr Schulgebäude.

Infolge des Medienrummels um den „Skandal“ haben mehr Leute als je zuvor die State of the Union Ansprache gesehen, mehr TV-Zuschauer als für die gleichzeitig übertragene „Superbowl“ – vergleichbar dem Europapokal-Endspiel. 20.000 Leute kamen am Tag danach zu seiner politischen Rede an der Universität von Illinois in Urbana-Champaign – keine Großstadt. Clinton hat die politische Diskussion über wichtige Themen wieder auf die Tagesordnung des Durchschnittsbürgers gesetzt – sicher nicht zur Freude der Rechten. Vom Standpunkt der Rechten aus gesehen haben sie Clinton nach links getrieben. Interessant ist dabei ein Artikel Anfang Januar in der *Chicago Tribune* mit der Schlagzeile: „Clinton neigt sich nach links“ – in diesem Wahljahr.

Der Skandal

Presse, Fernsehen und all die rechten Kommentatoren haben den „Skandal“ gemacht. In ihrem Kampf um Auflagen und Einschaltquoten und in Verfolgung ihrer politischen Ziele haben sie sich alle ohne Ausnahme auf das Niveau von Pornographie herabgelassen. Jetzt steht die Rechte da mit Schaum vor dem Mund und weiß nicht recht, wie sie es weiter treiben können. Die Republikanische Führung und der größte Teil der Abgeordneten und Senatoren, inkl. fast aller scharfen Hunde der „Crop of '94“, der Gingrich-Bande, sind auffallend stumm. Das Volk hat mehr und mehr genug von der andauernden Hetzjagd. Die Leute gehen auf die Seite des – so wie sie es sehen – underdogs. Jetzt beschuldigen jene TV- und Zeitungskommentatoren die Leute

einer laxen Moral – nach dem Motto: der Präsident und das Volk, alles die gleichen Schweine.

Sonderanwalt Starr ist zu weit gegangen

Ein Rumoren beginnt sich in der politischen Szene auszubreiten: Sonderanwalt Kenneth Starr ist zu weit gegangen, hat Grenzen seines Mandats überschritten. Seine Aktivitäten starteten 1994 mit Untersuchungen der Whitewater Immobilientransaktionen der Clintons Ende der 80er Jahre. Wert der inspizierten Geschäfte 40 000 \$. Starr hat bis heute mehr als 40 Millionen \$ Steuergelder für seine Inquisition verschwendet und bis heute noch keinen Abschlußbericht produziert. Seitdem wurde das Mandat für den Umfang seiner Untersuchungen immer weiter ausgedehnt. Inzwischen ist beinahe jeder, der gegenwärtig oder jemals für das Weiße Haus unter Clinton arbeitet oder gearbeitet hat, vor Starrs Untersuchungskammern (Grand Juries) zitiert worden. Starrs neuester Akt war, einen Angestellten des Weißen Hauses vor seine Inquisition zu zerren, der eine Gruppe von Freunden von zu Hause aus angerufen und beglückwünscht hatte, weil sie in einem Brief den lokalen Staatsanwalt aufgefordert hatten, ein Verfahren gegen Tripp einzuleiten wegen Verstoß gegen ein Gesetz des Staates Maryland gegen Tonbandaufnahmen ohne Wissen der betroffenen Person (Monica Lewinsky).

Die extreme Rechte finanziert die Treibjagd

Eine kleine Notiz in der *Chicago Tribune*: Eine konservative Anwaltsgruppe hat eine Zivilklage gegen Clintons Rechtsversicherung angestrengt – im Namen der Versicherten – weil sie seine Kosten im Paula Jones Verfahren bezahlt haben, obwohl Verfahren wegen „sexueller Belästigung“ nicht gedeckt seien. Jetzt haben die rechten Anwälte die Klage in Chicago, dem Sitz der Versicherung, eingereicht. Im Paula Jones Verfahren hat (laut *Chicago Tribune*) das konservative Rutherford Institute das neue Anwaltsteam aus Dallas für Paula Jones geheuert – und wahrscheinlich bezahlt –, nachdem ihre ursprünglichen Anwälte ausgestiegen sind, nachdem sie im Herbst ein Vergleichsangebot ausgeschlagen hatte.

Zum Schluß meine Lieblingstheorie

Meine Lieblingstheorie ist: der Skandal ist keine Verschwörung der extremen Rechten, wie uns Hillary Clinton weismachen will; Monica Lewinsky ist eine Agentin des kubanischen Geheimdienstes; Fidel Castro hat die ganze Affäre orchestriert, um die Medien vom Papstbesuch abzulenken. Ich bin höchst erfreut, daß ein Kommentator in der *Chicago Tribune* meine Theorie aufgegriffen hat – im ernst, ich kann's nicht fassen! Sie beschuldigt Clinton – abgesehen davon, daß er die berühmten Familienwerte niederrisse –, dafür verantwortlich zu sein, daß die Aufmerksamkeit vom Papstbesuch in Kuba abgelenkt worden ist! her, ger

Die Wahlstrategie des Bürgerblocks entwickelt sich

Kohl führt, wer folgt?

Ende Januar traf sich in Davos beim World Economic Forum Weltwirtschaftselite. Kanzler Kohl war gebeten worden, die Tagung zu eröffnen. Die Wirtschaftsführer wollten sich wohl einen Eindruck verschaffen, ob die BRD als sicheres Gelände einzuschätzen sei. Da mit der EU-Bildung europaweite Klassenkämpfe so gut wie vorprogrammiert sind, hängt für das internationale Kapital konkret sehr viel davon ab, ob der Rechtsblock in der Mitte Europas durchhält.

Kohl versuchte Gelassenheit und Sicherheit auszustrahlen. Und in der Tat, er hatte den Anwesenden was zu bieten und er hatte was zu fordern. Ein reelles Geschäft, das ist seine Welt, da fühlt er sich wohl. Wie sieht der Deal aus?

Kohl will internationales Kapital nach Deutschland holen. Er wirbt dabei mit folgenden Faktoren: Die Volkswirtschaft der BRD habe Weltmarktanteile zurückgewonnen. Im Bereich von Produkten mit höherwertiger Technik sei man Weltmarktführer. Im Welthandel mit Umweltschutzgütern behauptete man einen Spitzenplatz. Das gesamte Wirtschaftswachstum werde für 1998 mit 2,5% bis 3% prognostiziert und das sei im internationalen Vergleich viel. Am Jahresende werde man weniger Arbeitslose zählen als zu Jahresbeginn.

Zu beachten ist, daß Kohl fast nur mit relativen Größen operiert. Er erwartet eine verbesserte Position der BRD in der Weltwirtschaft, er rechnet damit, einen größeren Anteil des Wirtschaftsgeschäfts hierher ziehen zu können. Dies sagt er zu der internationalen Hochfinanz und das heißt zu Leuten, die ihm und sich diese Freude in einem gewissen Rahmen durchaus machen können. Kohl braucht übers Jahr weg einen Trend gegen die Arbeitslosigkeit. Das ist bei der gegenwärtigen Arbeitslosenzahl nicht schwer zu erreichen. Allerdings auch nicht für nichts.

Unnachahmlich, plump und subtil gleichzeitig gibt Kohl zu verstehen, daß er das Problem mit den Grünen für gelöst hält. Die Gentechnologie kehre in die BRD zurück, Kohl spricht sogar von Aufbruchsstimmung. Spitzenplatz beim Export von Umwelttechnologie, Aufbruchsstimmung bei der Biotechnik. Die Botschaft lautet, daß die grün-alternative Gefahr gebannt ist. Sie bestand darin, daß die öffentliche Meinung sich mit dem Inhalt der Investitionsabsichten des Kapitals beschäftigt hat, was die Lust am



Führen des Unternehmens bedrückt. Aber jetzt ist die Wirtschaft obenauf, sie schlachtet die ökologische Kritik aus, und wo das nicht geht, ab.

Damit sich das Kapital wohl fühlen kann, muß nicht nur gewährleistet sein, daß sich die Öffentlichkeit in Fragen der Investitionsrichtung nicht einmischt. Die Unternehmer müssen nicht nur von der Verantwortung für die ökologischen Folgen ihres Treibens entbunden werden, sondern auch von der sozialen. Sie wissen: solange es überhaupt Besteuerung von Unternehmertätigkeit und Vermögen gibt, ist immer die Gefahr da, daß dieser Hebel angesetzt wird, um das Kapital für die sozialen Folgen seines Wirtschaftens aufkommen zu lassen. Solche Ansatzpunkte müssen weg, und Kohl verspricht, das durchziehen zu wollen, man sei ja auch schon vorangekommen dabei.

Wendet man die von Kohl ausgebreitete Strategie ins Wahlkampffeld, erkennt man ein Verfahren. Kohl redet nicht, wie es früher war, vom Beitrag der BRD zur Entwicklung der Weltwirtschaft. Ihm geht es nur noch darum, den Anteil, der auf die BRD entfällt, irgendwie anzuheben, ein Vorgehen, das welt- und europaweit die soziale Spannung verschärfen wird. Ebenso in der Binnenswirtschaft und bei den Sozialsystemen.

Kohl sucht eine Mehrheit der Begünstigten, er will Wirtschaftsmacht und politische Macht kombiniert so einsetzen, daß der Kreis der Begünstigten fester zusammenbackt. Diese Strategie fordert zwingend eine Delegitimierung, Entrechtung und letztlich Repression der Benachteiligten. So ist das Gefühl der Bedrohung durch die Kriminalität ein Ausweis des Unrechtsbewußtseins, das die Berechtigten empfinden. Tritt der Staat offensiv an ihre Seite, wandelt sich ihr Unrechtsbewußtsein in verletztes Rechtsgefühl und sie werden bereit, Gewalt zu dulden. Das unerlässliche Gegenstück zur Kohlschen Wirtschaftspolitik ist die Kanthersche Innen/Außenpolitik, die immer mehr das Ausmaß einer europaweit zu organisierten Verfolgung von Immigranten annimmt.

Es ist nicht einfach, eine Wählermehrheit gegen diese Politik zu bilden, denn sie basiert darauf, daß ein Teil der Benachteiligten rechtlich mundtot gemacht ist, und daß die real Begünstigten immer einen gehörigen Schwarm von Leuten, die sich falsche Hoffnungen machen, mitreißen. maf

KÜNTIG NUR NOCH EINE GRUNDRENTEN. (8.1.98), Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels - BGA) Auch der eine Prozentpunkt aus der Mehrwertsteuer reiche nicht aus, um die Rente sicher zu machen. (...) Fuchs verlangt daher „sofort entscheidende Veränderungen in der Sozialpolitik“ und nicht erst nach der Bundestagswahl. Er fordert eine Grundsicherung durch die Rente mit einem „gedeckelten Beitragsystem“, ergänzt durch individuelle Anstrengungen, damit die Sozialabgaben insgesamt unter 40% gesenkt werden können. „In einem Land mit einem Volksvermögen von 4.900 Mrd. DM ist es vielen Bürgern zumutbar, ihre Alterssicherung persönlich aufzubauen. Um dieses Thema dürfen sich die Politiker nicht herumdrücken. Keiner hat jedoch den Mut, die Wahrheit auszusprechen.“

EURO RASCH EINFÜHREN UND UMSTELLEN. (26.1.98) Die Entscheidung der Länderfinanzminister, daß die Finanzverwaltungen erst 2002 auf den Euro umstellen werden, ist bei einigen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft auf heftige Kritik gestoßen. Wie Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) erklärte, werde der Wirtschaft von der Politik immer wieder eine Entlastung bei den Bürokratiekosten versprochen. Mit dem Beschuß der Finanzminister werde jedoch das genaue Gegenteil praktiziert ... Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) nannte die Entscheidung der Finanzminister erneut ein „absolutes Armutzeugnis“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sprach von einer „eindeutigen Behinderung der Wirtschaft“.

STEUERN SENKEN, VOR ALLEM DIE DIREKTEN STEUERN! (27.1.98) „Ich gehe davon aus, daß sich in der Politik nichts Grundlegendes tun wird. Der große Befreiungsschlag - sprich die Entlastung der privaten Einkommen durch eine Steuerreform - wird ausbleiben.“ Nachdem die Branche für 1998 alle Hoffnung auf die Steuerreform nach dem Petersberger Modell gesetzt habe, kommt es statt dessen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer - als Gegenfinanzierung für stabile Rentenbeiträge. „Das ist zuwenig“, findet Franzen (Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, d. Red.).

SENKUNG DER DIREKTEN STEUERN. (23./24.1.98) Der BDI moniert, daß der Mehrwertsteuererhöhung keine Senkung bei den direkten Steuern entgegenstehe. - Die Erhöhung werde das Wachstum des Konsums dämpfen, die

Senkung des Solidarzuschlags gleiche dies nicht voll aus.

ENERGIEPREISE RUNTER – FÜR DIE INDUSTRIE. (21.1.98) Für den Vorsitzenden des Verbands der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), Horst Robert Wolf, ist die Liberalisierung der Strom- und Gasversorgung unerlässlich, damit die deutschen Energiepreise international wettbewerbsfähig werden. Nach einem VIK-Strompreisvergleich sind zwar die durchschnittlichen Industriepreise in Deutschland zwischen 1990 und 1997 um 15% gesunken; doch liegen sie immer noch um 30% über dem Durchschnitt aller EU-Länder.

WENIGER STEUERN, BILLIGLÖHNE IM OSTEN, Tarifvereinbarungen mit Betriebsräten, mehr Gewinne! (16./17.1.98) Der BDI-Chef forderte erneut eine deutliche Kappung der Einkommens- und Körperschaftssteuersätze nach dem Reformkonzept der Koalition sowie eine weitere Rückführung der Gewerbesteuer, um die Unternehmen deutlich zu entlasten. ... Dabei sei auf Selbstfinanzierungseffekte zu setzen. Entschlossene Steuerreformen in anderen Ländern hätten durchgängig die Steuereinnahmen erhöht. - Henkel bekräftigte seine Auffassung, daß die ostdeutschen Unternehmen, die notgedrungen die Tarifverträge mißachteten, „verantwortlich und vorbildlich handeln“. Die Alternative sei nämlich in vielen Fällen der Gang zum Konkursrichter. Die „verantwortungsbewußte Praxis“ ostdeutscher Arbeitgeber dürfe nicht länger totgeschwiegen werden, sondern durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes eine „legale Basis“ erhalten. Entsprechendes hätten auch die „fünf Weisen“ vorgeschlagen. Zudem solle es Betriebsräten ermöglicht werden, Abschlüsse für ihre Firmen auszuhandeln.

... ABER DISSENS MIT DEM BDA. (12.1.98) Äußerst kontrovers diskutierten die Teilnehmer die in § 77 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes enthaltene Tarifvertragssperre für Betriebsvereinbarungen. Nach dieser Bestimmung sind Betriebsvereinbarungen unzulässig und unwirksam, wenn sie in Tarifverträgen nicht vorgesehen sind und Tatbestände behandeln, die üblicherweise in Tarifverträgen geregelt werden. Der Sachverständigenrat sieht in § 77 Abs. 3 BetrVG eine aus ökonomischer Sicht untragbare Behinderung der ökonomischen Flexibilisierung. Arbeitgeberpräsident Hundt lehnte jedoch die Aufhebung der Tarifvertragssperre ab, weil den Betriebsräten über kurz oder lang dann auch das Streikrecht zuwächse.

Säkulare Gegenkräfte müssen sich endlich organisieren

„Im Gegensatz zu den Niederlanden sind in Deutschland der Staat und die Kirche engstens miteinander verknüpft.“
(Algemeen Dagblad, 28.1.98: Deutscher Kniefall für den Papst)

Die Entscheidung der Bischöfe, die Ausstellung von Beratungsscheinen in katholischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen einzustellen, dürfte einige Illusionen über die katholische Kirche und ihr Verhältnis zum Staat zerstört haben – die Illusionen von Katholiken, die glaubten, sie könnten in ihrer Kirche etwas erreichen zugunsten des Fortschritts und zugunsten von Frauen im Bedrängnis – Illusionen, in der katholischen Kirche würde die Meinung der Basis etwas gelten. Zerstört wurden auch die Illusionen derer, die in der katholischen Kirche eine zuverlässige Partnerin des Staates sehen wollten.

Weil in einigen Bundesländern die Schwangerschaftskonfliktberatung in einem unverantwortlichen Ausmaß katholischen Beratungsstellen anvertraut wurde, entstand die folgende unerträgliche Situation: Die katholische Kirche gewann das Faustpfand, mit dem sie nun einen dauerhaft zermürbenden Druck auf die Gesetzgeber in Bund und Ländern ausüben kann, entweder Gesetze nach den Wünschen der Kirche zu ändern, oder vor das Problem gestellt zu werden, daß Länder ohne die katholischen Beratungsstellen ihrer gesetzlichen Aufgabe nicht gerecht werden können, jeder Frau eine wohnortnahe Beratungsstelle anzubieten. Wo bleibt da die Demokratie?

Mit ihrer Forderung, das säkulare Recht durch religiöses Recht zu ersetzen, begeben sich historisch überlebte, aber immer noch entscheidende Kräfte der katholischen Kirche auf den Weg des Fundamentalismus, denn das Recht säkularer demokratischer Staaten beruht nicht auf religiösen Quellen. Allerdings war diese gefährliche, nicht hinzunehmende Tendenz bereits im Kompromiß der Schwangeren-Zwangberatung von 1995 enthalten. Wir sagen: Beratung muß freiwillig sein.

In der Bundesrepublik Deutschland besteht nur deshalb die Gefahr, daß die katholische Kirche in fundamentalistischer Weise sowohl den Frauen in ungewollten Schwangerschaften als auch dem Staat religiöses Recht anstelle des säkularen Rechts aufzwingen kann, weil in Deutschland die Trennung von Staat und Kirche nur sehr unvollständig vollzogen ist.

Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) fordert

die säkularen Kräfte dieses Landes dazu auf, das Bewußtsein über die unvollständige Trennung von Staat und Kirche sowohl in der Öffentlichkeit wie unter Fachleuten endlich zu schärfen, um dem gefährlichen fundamentalistischen Weg der katholischen Kirche, säkulares durch religiöses Recht zu ersetzen und vor allem den Frauen unerträgliche Verletzungen ihres Gewissens zuzufügen, mit den angemessenen Mitteln entgegenzuwirken. Die säkularen Gegenkräfte in der Bundesrepublik Deutschland müssen sich so organisieren, wie das in unseren katholischen Nachbarländern längst üblich ist.

Vor diesem Hintergrund kritisiert der IBKA insbesondere die Halbheiten von SPD und Bündnisgrünen: Wollen diese Parteien von den 30% nicht kirchlich Gebundenen gewählt werden oder nicht?

Staatliche Stellen dürfen sich nicht in Abhängigkeit vom guten Willen einer Kirche oder Religionsgemeinschaft begeben!

Die konsequente Trennung von Staat und Kirche ist nicht nur für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen erforderlich, sondern für den gesamten sozialen Bereich, für Kindergärten, Krippen, Horte und Schulen, für Krankenhäuser und Pflegedienste, für Behinder ten- und Altenheime, und für andere soziale Einrichtungen mehr. Wo die Kirchen als Arbeitgeber auftreten, werden die dort arbeitenden Menschen um Arbeitnehmerrechte gebracht, die anderswo selbstverständlich sind. Und nicht selten werden ihre Grund- und Menschenrechte in Frage gestellt. Denn in kirchlichen sozialen Einrichtungen, evangelischen wie katholischen, werden vielfach nur solche MitarbeiterInnen beschäftigt, die der jeweiligen Kirche angehören. Das nötigt die MitarbeiterInnen, die ihre religiöse Überzeugung geändert haben, weiterhin gegen ihre Überzeugung einer Kirche anzugehören.

Ihr Grund- und Menschenrecht auf Religionsfreiheit (Artikel 4 GG, Artikel 18 der Allg. Erklärung der Menschenrechte, Resolution der UNO) steht nur auf dem Papier.

Nicht viel besser geht es nichtreligiösen jungen Menschen, die in einem sozialen Beruf arbeiten wollen, wenn für die entsprechenden sozialen Einrichtungen die Kirchen eine Monopolstellung haben. Die jungen Menschen sind genötigt, entweder auf ihre Religionsfreiheit zu verzichten oder auf ihr Recht auf freie Be rufswahl (Artikel 12 GG, Artikel 23 Allg-ErklMenschenR).

Kirchliche soziale Einrichtungen behindern die Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten. Sie müssen nach und nach durch säkulare, religiös und weltanschaulich neutrale soziale Einrichtungen abgelöst werden! 29.1.1998

Presseerklärung des Internationalen Bunds der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) e.V., Chausseestraße 8, 10115 Berlin, Telefon./Fax 030-2829245.

Rechte Formierung

Nationalliberale und Konservative suchen neue Wege

Die Formierung des rechten Lagers ist vor den Bundestagswahlen in vollem Gange und hat jetzt Teile der FDP mit einbezogen. Am 25. Januar schloß sich der Bund freier Bürger (BfB) des ehemaligen FDP-Mannes Manfred Brunner mit der „Offensive für Deutschland“ von Heiner Kappel zusammen.

Der hessische Landtagsabgeordnete war vor Wochen aus der FDP ausgetreten. Diese Parteikonferenz fand parallel mit dem Landesparteitag der Berliner FDP statt. Die Veranstalter hofften auf Übertritte, wenn Alexander von Stahl mit seiner Kandidatur zum Landesvorsitzenden scheitern würde.

Der ehemalige Generalbundesanwalt von Stahl erhielt selbst für die eigenen Reihen ein überraschend gutes Ergebnis. Mit 43,2% (143 Stimmen) scheiterte er knapp. Dies bewog 18 Delegierte dazu, zum Bund freier Bürger überzutreten. Von Stahl erklärte in dem neofaschistischen Blatt *Junge Freiheit*: „Heiner Kappel und Manfred Brunner halte ich für honorige und engagierte Demokraten. Jeder Versuch, die beiden in eine extremistische Ecke zu stellen, ist Verleumdung. Dennoch erwarte ich nach meiner politischen Erfahrung, daß auch dieser Versuch einer Parteineugründung zum Scheitern verurteilt ist.“⁽¹⁾

Das heißt aber auch, daß große Teile der nationalliberalen Kreise in der FDP diesen Parteibildungsprozeß mit großem Interesse verfolgen. Sollte die FDP in weitere Landtage nicht einzehen oder gar den Einzug in den Bundestag verfehlten, würde der rechte Parteibildungsprozeß einen unkalkulierbaren Aufwind erzielen. Vorbild war und ist die österreichische Haider-Bewegung. Die bürgerlichen Medien verfolgen den Prozeß mit großer Sorge. Der *Spiegel* meinte: „Dennoch beunruhigt die neue Sammlungsbewegung Christdemokraten und

Liberale. Denn schon ein Ergebnis zwischen einem und drei Prozent auf Kosten der Koalitionsparteien könnte die Regierung Kohl die Parlamentsmehrheit kosten – zumal, wenn abtrünnige Bürgerliche die neue Rechte stärken.“⁽²⁾

Denn so klein der Bund freier Bürger mit seinen 1 300 Mitgliedern ist, so bestehen doch weitreichende Verbindungen ins rechte Lager. Mit von der Partie ist jetzt auch Paul Latussek, stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, der im Sommer die Partei „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechten“ gegründet hatte. Er wurde Brunners Stellvertreter. Ebenfalls dabei ist die frühere CDU Landesvorsitzende Carola Hartfelder aus Brandenburg. Dazu kommt, daß die DSU mit ca. 6 000 Mitgliedern Beitragsverhandlungen mit dem BfB führt und die „Deutsche Partei (DP)“ an einer Fusion interessiert ist.

Es gibt auch einen großen Unterschied zu anderen rechten Formierungen. In den meisten Fällen gingen sie von Bayern und Baden-Württemberg aus bzw. hatten dort ihre eigentlichen Kräfte. Dies ist bei der neuen Formierung anders: auch Personengruppen aus Berlin, Hamburg, Hessen und den neuen Bundesländern sind mit von der Partie. Parlamentsmandate haben diese Leute auch. Z.B. in Bad Soden erzielte Heiner Kappel 17,6%, zwar noch unter der Flagge der FDP, aber zu einem Zeitpunkt, wo öffentlich bekannt war, wohin es diesen Herrn zieht. Die Gemeindefraktion tritt jetzt als BfB-Fraktion an.

Zur Abgrenzung zu den Republikanern hat sich der BfB mit der Wahl von Heiner Kappel zum Generalsekretär faktisch zu einer Linienkorrektur entschieden. Statt strikter Abgrenzung sucht er Annäherung. Kappel erklärte, der REP-Vorsitzende Schlierer sei ein „korrekter Mann“ und würde keinen schlechten



Deutscher Anwaltverein: „Deshalb geht es ... bei der Frage „Ja oder Nein“ zum Großen Lauschangriff auch in Anwaltskanzleien um mehr als nur um die Schaffung einer polizeilichen Möglichkeit zur Verbrechensbekämpfung. Es geht darum, was für einen Staat, was für eine Gesellschaft man zukünftig will. Einen liberalen Rechtsstaat, in dem die Bürgerrechte weiterhin den ihnen gebührenden hohen Stellenwert haben, oder aber den Einstieg in einen Überwachungsstaat. Die Vorstellung, daß es für in Not geratene, ratsuchende Menschen in dieser Gesellschaft keine letzte Rückzugsmöglichkeit mehr gibt, ist für die Anwirtschaft unerträglich.“

Deutsche Strafverteidiger e.V.: „Der ‘Bonner Kompromiß’ mit der geplanten Änderung des Art. 13 GG stellt eine massive Grundrechtseinschränkung und eine Mißachtung der Menschenwürde durch staatliches Eindringen in den Kernbereich der Persönlichkeitsrechte unbeteiligter und unschuldiger Personen dar.“

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.: „Ein schwarzer Tag fürs Grundgesetz! Für den RAV ging und geht es in der Debatte um den ‘Großen Lauschangriff’ darum, daß der personale Intimbereich in der Wohnung absolut geschützt bleiben muß. Die Wohnung muß dem Bürger als ‘letzte Zuflucht’bleiben. Ermittlungsbehörden haben unter keinen Umständen etwas in der Wohnung zu lauschen. Die Unverletzlichkeit des privaten Raums gehört zu einem Eckpfeiler unserer Rechtsskultur. Die Unschuldsvermutung und das Recht des Beschuldigten zu schweigen oder auch zu lügen, bleiben auf der Strecke, wenn ein Beweis mit heimlich in Privatwohnungen aufgenommenen Tonbändern geführt werden darf ... Wir fürchten, den Beginn einer Entwicklung zu erkennen, an deren Ende ein leerlaufender Grundrechtskatalog steht, in dem bei jedem Grundrecht – wohl ausgewogen – jeweils ein Polizeivorbehalt vorgeschaltet ist.“

Neue Richtervereinigung e.V.: „Richtervorbehalt – ein rechtsstaatliches Feigenblatt, ein wohlfleiles Beruhigungsmittel ... muß klargestellt werden, daß das Recht auch dem Gesetzgeber Grenzen zieht, die er nicht überschreiten darf. Insbesondere darf der Richtervorbehalt nicht zur Perfektionierung polizeilicher Eingriffsmöglichkeiten mißbraucht werden, sondern hat der Begrenzung staatlicher Machtausübung zu dienen. Jeder Richter ist m.E. verpflichtet, diese Grenzen im Einzelfall aufzuzeigen und die vollziehende Gewalt an Grenzüberschreitungen zu hindern. Deshalb bin ich heute hier, um auch namens der Neuen Richtervereinigung mich entschieden gegen dieses Gesetzesvorhaben zu wenden.“

Deutscher Juristinnenbund: „Durch das Schwangerschaftskonfliktgesetz ist als notwendige Er-

gänzung für die vom Staat vorgegebene Pflicht der Frauen, sich vor einem Schwangerschaftsabbruch beraten zu lassen, ein Zeugnisverweigerungsrecht für Mitglieder und Beauftragte der staatlich anerkannten Beratungsstellen eingeführt worden. Nunmehr eröffnet derselbe Staat, der den Frauen die Verpflichtung auferlegt und ihnen Diskretion zusichert, die rechtliche Möglichkeit, die Beratungsstellen zu verwanzten.“

Bundesärztekammer: „Arztpraxen und Krankenhäuser sind Schutzräume der Menschen. Ein Einbruch in diese Sphäre stellt das Arztgeheimnis und damit auch elementare Rechte des Patienten in Frage. Deshalb wehren wir uns entschieden gegen

müsste Tabu-Zone bleiben. Mit dem geplanten Gesetzentwurf ... droht eine für die Unabhängigkeit der Presse unverzichtbare und grundrechtlich garantierte Schutzzone verloren zu gehen: die Vertraulichkeit des Gesprächs zwischen den Journalisten und ihren Informanten ist nicht länger gewährleistet. Der Deutsche Presserat wendet sich entschieden gegen dieses Vorhaben.“

IG Medien: „Eine der vornehmsten Aufgaben von Journalismus sei es, Machenschaften aufzudecken, die unter den Tisch gekehrt werden sollen. Durch Journalisten sei eine Vielzahl von politischen oder wirtschaftlichen Skandalen publik gemacht worden. Voraussetzung dafür ist der absolute Schutz von Informanten, die verlässliche Zusicherung von Vertraulichkeit bei Gesprächen mit Medienvertretern.“

Datenschutzbeauftragte: „Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, die Kriminalität effektiv zu bekämpfen, besteht keine Rechtfertigung zum Abhören von Wohnungen bei der Strafverfolgung. Schon in den vergangenen Jahren sind die polizeilichen Ermittlungsbefugnisse systematisch verschärft worden, ohne daß dies zu einer maßgeblichen Steigerung der Aufklärungsquote geführt hätte. Auch die Einführung des Lauschangriffs wird daran nichts ändern. Damit wird vielmehr auch der letzte unantastbare Bereich der Privatsphäre der heimlichen Ausforschung preisgegeben. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr sicher sein können, ob sie in ihrer Wohnung überwacht sind, führt dies zu einer Verunsicherung über die Reichweite ihrer Grundrechte und zu einer Verringerung der freien Lebensgestaltung. Es ist ein Irrglaube anzunehmen, der Lauschangriff ließe sich auf „Gangsterwohnungen“ begrenzen. Vom Ermittlungsverfahren sind ausschließlich Tatverdächtige betroffen, die nach der Menschenrechtskonvention als unschuldig zu gelten haben. Beim Lauschangriff ist es unvermeidlich, daß auch Unverdächtige mit abgehört werden – darunter z.B. alle Personen des Umfeldes der Betroffenen, wie Familienangehörige, Bekannte, Kollegen und Kolleginnen. Auch technisch ist der Lauschangriff fragwürdig. Die „Gangster“, die erfaßt werden sollen, werden sich mit Ortungs- und Störungstechnik wehren. Übrig bleiben die, die sich keiner Schuld bewußt sind, und Kontaktpersonen, die das Abhören überhaupt nicht ins Kalkül ziehen.“

Der Rechtsstaat muß sich Grenzen setzen, sonst verliert er sein Gesicht. Die Abgeordneten des Bundestages und die Landesregierungen müssen sich im klaren sein, daß damit ein fundamentaler Grundwert unserer Gesellschaft aufgegeben wird. Die geplanten Einschränkungen wie Abhörverbote für Geistliche, Verteidiger und Abgeordnete sind vollkommen unzureichend. ...

(Diese Erklärung wird unterstützt von den Datenschutzbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.)

Opposition gegen den Großen Lauschangriff

Nachdem der Bundestag den Großen Lauschangriff mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit verabschiedet hat, liegt er nun dem Bundesrat vor, der den staatlichen Angriff auf zentrale Grundrechte ebenfalls mit einer 2/3-Mehrheit – d.h. mit 47 von 69 Stimmen – am 6. Februar absegen müßte, bevor er in Kraft tritt. Die fünf rot-grünen regierten Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Hessen und NRW (insgesamt 22 Stimmen) enthalten sich. Die Haltung Bremens stand bei Redaktionsschlüß nicht fest. Vor und nach der Verabschiedung im Dtsch. Bundestag erklärten mit unterschiedlichen und unterschiedlich weitgehenden Begründungen zahlreiche Organisationen, Personen und Verbände ihren Protest. scc

das Ansinnen, vertrauliche, oft intime Gespräche zwischen Patient und Arzt belauschen zu können.“

Ständige Konferenz ärztl. psychotherapeutischer Verbände: „Alle Patienten müssen auch weiterhin vertraulich mit ihren behandelnden Ärzten sprechen können, ohne abgehört zu werden.“

Wirtschaftsprüfkammer: „Aus Mitgliederkreisen wissen wir, daß diese Fragen schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zur gerichtlichen Überprüfung gestellt werden, falls sie denn vom Gesetzgeber unbeantwortet bleiben sollen. Nicht zuletzt wird dabei auch die Grundsatzfrage auf den Prüfstand gestellt werden, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, in die Vertraulichkeit der Gespräche mit Vertretern sog. Vertrauensberufe einzuziehen.“

Deutscher Presserat: „Großer Lauschangriff beeinträchtigt Pressefreiheit – Redaktionsräume

len unmittelbar vor. Die notwendigen Unterschriften für die Kandidatur sollen mit einer „Deutschlandreise“ von Brunner und Kappel, verbunden mit Großveranstaltungen, gesammelt werden. Das Wahlkampfmanagement wurde zwei Ex-Offizieren von Rühes „starker Truppe“, dem ehemaligen Kommandeur der Fallschirmspringerschule, Ulrich Quante, und dem bisherigen Stabschef der 1. Gebirgsdivision, Hammel, übertragen.(3)

Auffällig ist bei all diesen rechten und neofaschistischen Parteien, daß inhaltlich große Übereinstimmungen in der laufenden Politik bestehen. Z.B. arbeiten

alle an der Kampagne gegen den Euro, der „Schicksalsfrage für die deutsche Nation“, oder an der Hetze gegen die Wehrmachtausstellung und die Verteidigung der Bundeswehr. Sie treten für einen Polizeistaat ein und hetzen gegen Ausländer. Alles Gründe, die dafür sprechen, daß die politische Linke die antifaschistische und antirassistische Politik verstärken muß, um die Formierung des rechten Lagers zu stören. jöd

(1) Junge Freiheit, 6/98, 30.1.1998

(2) Der Spiegel, 4/98 Seite 41

(3) Antifaschistische Nachrichten 3/98

Kuba: Fidel Castro kann zufrieden sein

Papstbesuch schwächt Position der USA und die von Spanien

Von Claude Hackin

(Havanna, 26. Januar, npl). Der Papstbesuch in Kuba hat die unversöhnliche Haltung der Regierungen in Washington und Madrid gegenüber Fidel Castro bloßgestellt. Auch auf der letzten Messe während seines fünftägigen Aufenthalts kritisierte er in gleichem Maße die Menschenrechtslage im Land und die US-Handelsblockade. Seine zentrale Botschaft: Weder Marxismus noch Neoliberalismus seien eine Heilslehre, Vermittlung und Annäherung der richtige Weg.

Die Erwartung der angereisten 100 spanischen und über 2000 US-Journalisten, daß die päpstliche Kritik an kubanischen Demokratiedefiziten im Mittelpunkt stehen würde, erfüllte sich nicht. Auch wenn die energischen Aufrufe zu mehr Meinungs- und Religionsfreiheit die kubanische Regierung in Bedrängnis bringen, ist doch ihre diplomatische Linie, die Isolation des sozialistischen Landes zu durchbrechen, gestärkt worden. Die Blockade sei „ungerecht und ethisch unannehmbar“, bekämpfte der Papst kurz vor seiner Abreise am Sonntagabend. Den Exilkubaner in Miami, die von der Clintonregierung noch schärfere Sanktionen fordern, sagte der Papst, sie sollten die sinnlose Konfrontation aufgeben.

Zusätzliches Mißfallen erregte in Spanien, daß Castro die päpstliche Selbstkritik an der Eroberung Lateinamerikas und der Inquisition aufnahm. Der Staatschef erinnerte an die Rolle Spaniens in jener Zeit und machte katholische Spanier für die Ausrottung der Ureinwohner verantwortlich. Spanische Medien sprachen von einer „antiiberischen Position“. Außenminister Abel Matutes, der sich als einziger seiner europäischen Kollegen weiterhin gegen die Entsendung eines Botschafters nach Kuba ausspricht, mahnte daraufhin eine „positivere Sicht der Geschichte“ an. Im Streit um die Vergangenheit hatte zuvor Kubas Außenminister Roberto Robaina Madrid „untertäniges Verhalten“ vorgeworfen: Exakt vor einem Jahrhundert hätten die Spanier die Insel der USA überlassen, anstatt ihre Niederlage im Unabhängigkeitskrieg einzustehen und ihr den Weg in die Souveränität zu ermöglichen.

Nach Meinung vieler Beobachter hat der Papstbesuch die US-Position geschwächt. Die Kritik am kubanischen System äußerte der oberste Katholik zu meist im Kontext der sozialen Lage im Land, die freilich nicht nur in Kuba prekär ist und mit der Blockade im Zusammenhang steht. Bedeutsam ist auch, daß sich Johannes Paul im Unterschied



Bergarbeiterstreiks in der ehemaligen UdSSR weiten sich aus: Ukrainer fordern vor dem Bergbauministerium in Kiew stellvertretend für 30.000 Lohnabhängige in 100 Gruben die Zahlung ihrer ausstehenden Löhne. Die Gesamtschuld der ukrainischen Minenindustrie gegenüber den Arbeitern beträgt derzeit umgerechnet 2,3 Milliarden DM. Unterdessen haben die streikenden Bergleute in Sibirien ihre Geiseln wieder freigelassen. Die Kumpel der Grube Kusnezkaja im Kohlerevier Kusbass hatten den Betriebsleiter und weitere leitende Angestellte als Geisel genommen. Auch hier streiken die Kumpel, weil sie seit zwei Jahren keinen Lohn mehr bekommen haben. Aus dem gleichen Grund blockierten 2500 russische Bergleute die transsibirische Eisenbahn. Inzwischen habe sich auch Lohnabhängige aus anderen Bereichen mit den Streiks der Bergleute solidarisiert. hav

zu anderen Reisen nicht mit Vertretern der kubanischen Opposition traf. Dies hatte er bei seinem legendären Besuch in Polen 1979 getan und nur eine Woche vor dieser Reise empfing der Papst eine Delegation des Kurdischen Exilparlaments.

Fidel Castro kann zufrieden sein. Als souveräner Staatsmann war er auf den Bildschirmen in aller Welt an der Seite des Kirchenoberhauptes zu sehen – päpstlicher Segen statt Anfeindung. In Sachen sozialer Gerechtigkeit hat Castro geradezu einen neuen Verbündeten gefunden. Umgekehrt werden andere Appelle des Papstes ungehört verklingen: Auf sexuelle Enthaltsamkeit zu drängen und Abtreibungen zu verteufleln, ist in einem so aufgeklärten Land wie Kuba vergebens.

Allerdings bringt die Bitte des Papstes, 34 politische Gefangene freizulassen, die kubanische Führung in eine schwierige Lage. Parlamentspräsident Ricardo Alarcon sagte am Sonntag erneut eine Prüfung zu und wiederholte, es gäbe in Kuba keine Gesinnungsgefangenen. Eine Freilassung der Betreffenden – die kaum vermeidlich ist, will Kuba die diplomatisch so wichtigen Bande zum Vatikan nicht gefährden – käme jedoch einem Eingeständnis gleich. Auch wenn bislang keine Namen genannt wurden, wird davon ausgegangen, daß es sich um Mitglieder einer Dissidentengruppe und der „Partei für Menschenrechte“ handelt. Auch eine vierköpfige Gruppe um den Oppositionellen Vladimiro Roca, die Mitte vergangenen Jahres in einem Flugblatt

die Legitimität der Regierung in Frage gestellt und zum Boykott der Parlamentswahlen aufgerufen hatte, soll auf der Liste stehen.

Frankreich: Parlament berät 35-St.-Woche

Will die KP dem Arbeitslosenprotest die Spitze nehmen?

von Bernhard Schmid

Die Pariser Zeitung *Le Monde* schreibt am 29. Januar mit einer treffend scharfen Analyse: „Man muß eine Bewegung beenden können, und die CGT ist Meisterin in diesem Fach. Die CGT, die am Ausgang für drei verschiedene Demonstrationen am Dienstag, dem 27. Januar stand – die erste mit den Arbeitslosenvereinigungen für die Verteidigung der 35-Stunden-Woche und die Anhebung der Mindestens-Sozialleistungen, die zweite mit (...) dem Personal der nationalen Direktion für Instandhaltung der öffentlichen Infrastruktur und die dritte mit (den Eisenbahnen) (...) – und die drei Demonstrationen nicht zusammenlaufen ließ, hat (am Dienstag) keine Massenmobilisierung provoziert. Sie hat auf sanfte Weise die Luft aus der Mobilisierung für die Erwerbslosen herausgelassen. Das Charakteristikum der drei Demonstrationszüge

(...) ist ihre Zusammensetzung: sie bestanden zu drei Vierteln aus CGT-Angehörigen.“

Eine ähnliche Methode, um eine in den Augen des Apparats lästig werdende Bewegung über ihren Höhepunkt hinauszuführen, hatte die CGT bereits anlässlich der Streikwelle im Herbst 1995 und im Mai 1968 angewandt. Kennzeichnend für die jüngste soziale Mobilisierung, welche die Erwerbslosen angestoßen hatten, war allerdings der sichtbare interne Streit mehrerer Flügel der Apparate innerhalb von KP und CGT. Jener Flügel der CGT, der als „orthodox“ gilt (das heißt dem alten sowjetischen Modell von Partei- und Gewerkschaftsapparat, nach dem die französische KP bis vor kurzer Zeit geformt war, verbunden) und die Regierungsbeteiligung intern kritisiert bis bekämpft, hatte massiv seine Kräfte in die Unterstützung der Arbeitslosenbewegung investiert. Die Auflösung des einst monolithischen KP/CGT-Apparats in divergierende Fraktionen und die Schwächung seiner Stellung in den letzten Jahren hatten einen Freiraum geschaffen, in welchem es möglich war, daß die Erwerbslosenbewegung Partei und CGT einige Wochen lang „vor sich her treiben“ und zur Unterstützung ihrer Forderungen verpflichten konnte. Gegen Ende Januar freilich wandten die Apparate erneut ihr ganzes Gewicht auf, um die Bewegung an unkontrollierter Ausbreitung zu hindern. Die Selbstorganisationen der Arbeitslosen wiederum benötigen, nach ihrer intensiven Kraftanstrengung während der letzten Wochen, dringend eine Verschnaufpause, um ihren Aktivisten eine Regenerierung zu ermöglichen. Ihr nächster eigener Demonstrationstermin – den am 27. Januar hatten sie organisatorisch der CGT überlassen – ist allerdings bereits im Gespräch: er wird wahrscheinlich auf den 7. März fallen, wenn voraussichtlich das Parlament die Debatte über das „Gesetz gegen den sozialen Ausschluß“ beginnt.

Unterdessen richten sich aller Augen auf die Debatte der Nationalversammlung um die 35-Stunden-Woche, die bis zum 10. Februar angesetzt ist und die die Regierung als Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit ins Zentrum zu rücken sucht. Der Text sieht die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.1.2000 vor, freilich nur für Betriebe ab 20 Beschäftigten. Die kleineren Betriebe sollen dann 2002 folgen – bis dahin sind freilich schon wieder Wahlen. Die konkreten Modalitäten für die Einführung der 35-Stunden-Woche und die von der Regierung ausdrücklich als notwendig erachteten Gelegenleistungen der Beschäftigten sollen in Verhandlungen der „Sozialpartner“ Betrieb für Betrieb vereinbart werden.

Die Unternehmerschaft handelt derzeit mit einer Doppelstrategie gegenüber dem Gesetz zur 35-Stunden-Woche: ihr Zentralverband CNPF bekämpft die „autoritäre und uniforme Arbeitszeitverkürzung“, die auf die Bedürfnisse des

einzelnen Betriebes keine Rücksicht nehme, frontal. Dessen Unterorganisationen betreiben unterdessen eine intensive Lobbyarbeit, um die von den Wirtschaftsführern als notwendig erachteten Bestimmungen in dem Gesetz zu verankern; dazu gehört insbesondere die annualisation, d.h. die Flexibilisierung der Arbeitszeit, für die nunmehr ein Jahresdurchschnitt festgelegt werden soll. Arbeitsministerin Martine Aubry hat bereits erklärt, sie sei „für eine durch Verhandlung vereinbarte annualisation“, wenn die schwankenden Arbeitsrhythmen – da die Arbeitswochen unterschiedlich lang sein würden – den Beschäftigten ausreichend lange vorher angekündigt würden und für deren Lebensplanung akzeptabel sei. Ferner stellt sich das Problem der Bezahlung der Überstunden – denn die Einführung der 35-Stunden-Woche als gesetzliche Norm bedeutet keineswegs, daß die reale Arbeitszeit auch 35 Stunden bedeuten wird, sondern nur, daß alle über die 35 hinausgehenden Arbeitsstunden als Überstunden zu bezahlen sind.

Nach den derzeitigen Plänen Aubrys soll es keine finanziell abschreckende „Barriere“ nach der 35. Stunde geben, sondern der normale Lohnzuschlag von 25% eintreten. Für ein Unternehmen, das einfach weiterhin 39 Stunden arbeiten lassen würde, bedeutet dies, daß die Löhne um 2,6 % für 39 Stunden steigen – das stellt nun keine besondere Abschreckung dar. Die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes wird also entscheidend dafür sein, ob der neoliberalen Charakter oder der sozial-progressive Charakter dieser Arbeitszeitverkürzung überwiegt.

Türkei: Regierung gibt viele Morde zu

Blutige Geschichten vom Bosporus

Von Giyas Sayan

Welche kriminellen Gestalten in Ankara die Empfänger der deutschen Waffen-, Militär- oder Polizeihilfe waren und vermutlich immer noch sind, hat jetzt (zum Teil) ein Untersuchungsbericht der neuen Regierung Yilmaz enthüllt, der bisher nur dem Ministerpräsidenten, seinem Stellvertreter Ecevit und Staatspräsident Demirel vorliegt, aber in Auszügen an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Inhalt: Eine Kette von Morden und anderen Verbrechen an kurdischen Oppositionellen, begangen von einer Bande von Mafiosi, Geheimdienstlern, Militärs und Politikern aus dem Milieu der (faschistischen) Grauen Wölfe.

Kutlu Savas heißt der Sonderbeauftragte, den Yilmaz nach seinem Regierungsantritt mit der Aufklärung der „Susurluk-Affäre“ beauftragt hatte. In Susurluk kamen im November 1996 bei einem

Autounfall der ehemalige Vizechef der Istanbuler Geheimpolizei, Hüseyin Koçadeg, der international wegen mehrfachen Mordes und Rauschgifthandel gesuchte Abdullah Catlı und eine Ex-Schönheitskönigin ums Leben, der Abgeordnete Sedat Bucak, Chef einer der größten „Dorfschützer“-Armeen in Kurdistan, überlebte schwer verletzt. In der Kleidung des toten Catlı fand die Polizei einen offiziellen Diplomatenpaß. Aussteller: Der damalige Innenminister Mehmet Agar, wie Catlı lange bei den „Grauen Wölfen“. Nach dem Unfall erschienen in der türkischen Presse immer neue Enthüllungen, z.B. über Heroingeschäfte aus dem Vorzimmer der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Ciller heraus, über Mafia-Verbindungen von Regierungsmitgliedern und Militärs usw.

Wenn man den türkischen Presseberichten glauben darf, so fand der von Yilmaz eingesetzte Ermittler Kutlu Savas alle damaligen Enthüllungen in allen Punkten bestätigt – und noch vieles mehr.

- Gleich nach ihrem Regierungsantritt im Juni 1993 beriet Regierungschefin Tansu Ciller mit Militärs, Geheimdienstler u.a. über Wege zu einer „Lösung“ der „terroristischen Gefahr“.

- Beschlossen wurde, künftig stärker als je zuvor geheime Killerkommandos einzusetzen, die aus der türkischen Mafia, aus den „Grauen Wölfen“ oder aus dem Sicherheitsapparat rekrutiert werden sollten, um „entscheidende Schläge“ gegen die kurdische Opposition und Guerrilla zu führen.

- Dafür wurde u.a. ein Betrag von etwa 40 Millionen DM aus einem geheimen Regierungsfonds bereitgestellt.

- In Bolu und Hatay wurden zwei „Schulungslager“ für diese Kommandos eingerichtet. Dort wurden je ca. 20 Killerkommandos ausgebildet. Zwei Berater der israelischen Sicherheitskräfte (Anti-Terror-Einheiten) wurden zur Ausbildung dieser Kommandos gegen Honorar geheuert. Die Ausgebildeten sollten über die Türkei, Israel und Syrien in kurdischen Strukturen einsickern und den PKK-Vorsitzenden Öcalan ermorden.

- Gleichzeitig kündigte die Ministerpräsidentin an, die „über hundert potentiell die PKK finanzierenden (kurdischen) Arbeitgeber“ müßten mit „Konsequenzen rechnen“. Das staatliche Sicherheitsamt beauftragte Killerkommandos, die in der Folge zahlreiche kurdische Geschäftsleute wie Behcet Cantürk, einen reichen Finanzier der damaligen Tageszeitung „Özgür Gündem“, ermordeten. Insgesamt ist die Rede von etwa 100 solcher Morde.

- Das Büro von „Özgür Gündem“ wurde am 3.12.1994 auf Befehl der Ministerpräsidentin in die Luft gejagt.

- Der angesehene kurdische Schriftsteller Musa Anter, der bereits 1992 durch einen „unbekannten Täter“ mit einem Kopfschuß aus kurzer Entfernung buchstäblich hingerichtet worden war, soll, so der Bericht von Savas, ebenfalls auf Wei-

sung des staatlichen Sicherheitsamtes ermordet worden sein. Für zahlreiche Morde an Journalisten und Anwälte werden die gleichen Drahtzieher genannt.

• Im sog. „Ausnahmezustandsgebiet“ (Kurdistan) schließlich wurde die „Entscheidungsbefugnis“ für die Ermordung von Menschen bis hinab auf stellvertretende Polizeikommissare und auf einzelne kurdische Überläufer verlagert. In der Folge entwickelten sich die türkischen Sicherheitskräfte in den kurdischen Gebieten immer mehr zu völlig entfesselten Terrorkommandos. Hunderte solcher Kommandos konnten in den kurdischen Gebieten mit Deckung von höchsten Stellen beliebig morden, brandschatzen, vergewaltigen. Tausende Menschen fielen ihnen zum Opfer.

• „Türkische Mafia wollte Schewardnadse ermorden“, lautet eine weitere Nachricht von Kuthlu Savas. Das Verbot der „Demokratie-Partei“ (DEP) im März 1994 und die Verhaftung der kurdischen Abgeordneten Leyla Zana, Orhan Dogan, Hatip Dicle und ihrer Freunde fällt ebenfalls in diese Zeit.

• Schließlich muß es auch im türkischen Sicherheitsapparat in der Folge zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein. „Dabei seien 15 MIT-Agenten (türkischer Geheimdienst) Opfer nicht aufgeklärter Morde geworden“, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ am 24.1. „Es gab eine Kette von Einnahmequellen“, vom Tourismus bis zum aserbeidschanischen Präsidenten Gejdar Alijew.

Savas schlußfolgert, daß damit der Rechtsstaat in der Türkei völlig aufgehoben worden sei und die vom Staat benutzten mafiosen Banden mehr Einfluß hatten als staatliche Institutionen. Der Staat müsse sich von dem Einfluß dieser mafiosen Banden frei machen, fordert er. Ministerpräsident Mesut Yilmaz nannte im türkischen Fernsehen die Ergebnisse „ungeheuerlich“ und „katastrophal“.

Trotzdem: Der Bericht liegt bisher weder der Öffentlichkeit noch dem türkischen Parlament vor. Ob irgendwelche rechtlichen Schritte gegen irgendeinen der Täter ergriffen, überhaupt ergriffen werden können, werden die kommenden Wochen zeigen. Zweifel sind angebracht.

Krise der palästinensischen Linken

„Morgen in Al-Quds“?

Diese alte Verabredung der palästinensischen Bevölkerung ist in den letzten Jahren immer mehr den Realitäten gewichen. Besonders in den letzten Monaten hat sich Ernüchterung eingestellt; mit dem angeblichen Friedensprozeß geht es nicht voran. Die Besatzungsmacht Israel ist mehrheitlich gegen einen gerechten Ausgleich eingestellt; Likud und Arbeitspartei halten stur fest an den Blut- und Bodenphantasien der zionistischen Ideologie.

Welche Strategien verfolgt die palästi-

nensische Linke gegen diese Politik? Neben dem Chef der palästinensischen Autonomiebehörde, Arafat-, der um sich herum eine Reihe von Cliques wirtschaften errichtet hat, machte sich immer deutlicher eine inhaltliche Leere bemerkbar, alternative Organisationsansätze sind in den Entwicklungen der letzten 10 Jahren verschwunden. Hier rächen sich innerhalb der palästinensischen Linken Defizite resp. ungelöste Fragen, die erst jetzt langsam realisiert werden.

Nasser Ibrahim, Mitarbeiter in der palästinensischen Zeitschrift *Al Hadaf*, die der PFLP nahesteht, ist Realist genug, um zu erkennen: „Die palästinensische Linke ist zur Zeit in einer sehr schwierigen Situation. Einerseits sind wir auch von der weltweiten Krise der Linken nach 1989 stark betroffen. Der Zerfall der Sowjetunion hat sich sogar besonders negativ auf uns ausgewirkt, weil wir lange Zeit fremde Revolutionsmodelle umstandslos auf unsere Situation übertragen wollten ... Wir haben das palästinensische Volk als Einheit behandelt und dabei die Widersprüche innerhalb der palästinensischen Gesellschaft viel zu wenig beachtet. Die soziale Frage hat kaum eine Rolle gespielt.“

Die Schlußfolgerungen daraus sind jedoch unklar. Denn innerhalb der anti-kolonialen Entwicklung des Kampfes der PalästinenserInnen verfällt der *Al Hadaf*-Vertreter in Interviews mit deutschsprachigen Medien sogleich wieder in die traditionelle Sichtweise: „Wir befinden uns immer noch in der Phase des nationalen Befreiungskampfes, dessen prinzipielles Ziel die Erlangung der Unabhängigkeit ist ... Wir können uns in Palästina keine Explosion sozialer Widersprüche auf Kosten des Kampfes gegen Israel leisten.“

Sicher ist, daß sich eine übergreifende Koalition mit fortschrittlichen israelischen Kräften dann nicht erreichen ließe, wenn diese an der alten zionistischen Idee unabdingbar festhalten würden. Dennoch hat es diese Koalitionen in früheren Zeiten durchaus – in Ansätzen – schon gegeben. Wären nicht hierauf mehr Überlegungen zu verwenden als in der Bildung einer äußerst labilen Anti-Arafat-Front in der palästinensischen Gesellschaft? Diese muß schon an der Frage der sozialen Entwicklung scheitern, weil die islamischen Kräfte hier nicht mitziehen werden.

Zwar kann man davon ausgehen, daß ein relevanter Teil der Bevölkerung inzwischen gegen den Kurs von Arafat eingestellt ist, aber daraus allein bildet sich noch keine Alternative.

Die Forderung der PFLP-Leute ist zunächst auch begrenzt: „Von Arafat fordern wir, daß er eine Befragung der PalästinenserInnen zuläßt, damit wir wissen, wer Oslo unterstützt und wer es ablehnt. Meiner Meinung nach lehnen heute mehr als 90 Prozent der PalästinenserInnen das Osloer Abkommen und die mit ihm

verbundenen Ergebnisse ab. Zumal offensichtlich ist, daß Arafat alles preisgegeben hat. Er hat das Existenzrecht Israels anerkannt und ersatzlos die PLO-Charta gestrichen, während Israel seine Siedlungsaktivitäten verstärkt hat und die Aneignung palästinensischen Bodens fortsetzt. Zunächst einmal müssen wir uns also darauf konzentrieren, gegen diese Politik zu mobilisieren.“

Arafat wird dieser Befragung dann nicht zustimmen, wenn er befürchten muß, dabei eine Niederlage zu erleiden. Die Mobilisierung gegen seine Politik müßte sich in einer klaren Alternative darstellen.

Hier hat die palästinensische Linke – dazu zählt auch die DFLP, die sich allerdings an der Haltung zu dem „Friedens“prozeß gespalten hat – bislang nicht klar formuliert, was ihr wichtig ist. Im Gegenteil: ihre (taktische) Koalition mit Hamas läßt vermuten, daß alte Schablonen (Haupt- und Nebenwiderspruch) angelegt werden. Dies wird heute kritisch festgehalten, aber die Stärke der Hamas-Bewegung kommt auch aus einer Nichtpräsenz von fortschrittlichen Positionen.

Nassar Ibrahim: „Darin sehen wir allerdings nur einen vorübergehenden Prozeß, da das Programm des politischen Islam im Widerspruch zu den Interessen des palästinensischen Volkes steht. Sie entwickeln zwar viele soziale Aktivitäten wie z. B. den Bau von Kindergärten und Krankenhäusern, aber letztlich geht es auch ihnen nicht um eine grundsätzliche Befreiung der Menschen. Das verbindet sie mit der palästinensischen Bourgeoisie. Langfristig werden sie daher keinen Erfolg in der Lösung der sozialen Widersprüche haben. Die Islamisten finden Unterstützung und Zulauf von den PalästinenserInnen, weil sie Stärke zeigen im Kampf gegen die Besatzung.“ Warum können linke Kräfte diesen Zulauf nicht erzielen, entstanden sogar in der Vergangenheit Bündnisse mit diesen Kräften, die selbst aus taktischen Erwägungen äußerst bedenklich erscheinen?

„In der Frage der nationalen Befreiung sind wir uns einig mit den islamischen Organisationen, und wir kämpfen gemeinsam gegen die Besatzungsmacht. Das heißt aber nicht, daß wir nicht in fast allen anderen Bereichen – die soziale Frage, die Stellung der Frau in der Gesellschaft etwa – große Widersprüche mit den Islamisten hätten.“

Selbst wenn sich heute die wichtigsten politischen Aktivitäten in den besetzten Gebieten ereignen – und nicht mehr allein die Analyse und Intervention aus dem Exil vorhanden wäre –, so ist damit nicht garantiert, daß die Bedeutung der palästinensischen Linken in den nächsten Jahren wieder anwachsen wird.

Immerhin hat sie es heute mit zwei Gegnern zu tun – mit Israel und den Arafat-Leuten. Diese sich darin jedenfalls einig sind: eine neue Stärke der palästinensischen Widerstandsbewegung zu verhindern.

mc



Mehrere tausend Menschen protestierten in der vergangenen Woche in Zagreb gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der kroatischen Regierung. Die Kundgebung richtete sich vor allem gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig sind rund 300.000 Menschen in Kroatien offiziell als arbeitslos registriert. Die Demonstration wurde von dem Gewerkschaftsdachverband organisiert.

Italien: Spaltet sich die PDS?

Der Vorsitzende der Partei der demokratischen Linken (PDS), (ehemals Kommunistische Partei Italiens), Massimo d'Alema, reist in jüngster Zeit durch Italien und wirbt für sein Projekt „Cosa 2“. Gemeint ist mit diesem „2. Politischen Ding“ der Aufbau einer sozialistischen linken Sammlungsbewegung in Italien. D'Alema will alle versprengte Sozialisten aus der aufgelösten Partei des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten und jetzt als Verbrecher verurteilten und im Exil lebenden Bettino Craxi einsammeln und zusammen mit der PDS zu einem neuen Bündnis verschmelzen.

„Cosa 1“ war für d'Alema die Ummünzung der KPI in die PDS, mit all ihren politischen Folgen, u.a. Massenaustritte vieler Kommunisten und Gründung der Partei Rifondazione Comunista. D'Alema will sich mit dieser neuen Aktion endgültig von allen kommunistischen Wurzeln trennen.

Für den 12. Februar ist in Florenz eine Gründungsversammlung anberaumt. Wenige Tage vorher treffen sich in Rom die verschiedenen sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppen, um ein gemeinsames Gründungsdokument zu erarbeiten.

Schon jetzt meldet sich in der PDS erheblicher Widerstand gegen das Projekt an, der wahrscheinlich erneut zu einer Abspaltung führen wird.

Türkei: Verbot der Kommunistischen Partei rechtswidrig

Das Verbot der „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei“ (TBKP) verstößt nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gegen die in der Europäische Menschenrechts-

konvention garantierte Versammlungsfreiheit.

Das türkische Verfassungsgericht hat die TBKP im Juli 1991, knapp ein Jahr nach der Gründung verboten. „Auch wenn eine Partei nach Ansicht des Staates die verfassungsmäßige Ordnung untergräbt, genießt sie den Schutz der Bestimmungen der europäischen Menschenrechtskonvention“, heißt es in dem Urteil der Straßburger Richter.

Es war das erste Urteil des Gerichtshof, das sich mit dem Verbot einer politischen Partei befaßte. Gegen die Urteile des Gerichtshofs für Menschenrechte ist keine Berufung möglich. Die Verurteilten Staaten sind verpflichtet, ihre Gesetze entsprechend zu ändern. Die Türkei hat dies bereits getan. Die Verfassungsbestimmung, die die kommunistische Partei verbietet, wurde inzwischen gestrichen.

Liverpool: Streik der Hafenarbeiter beendet

Zwei Jahre, drei Monate und 29 Tage haben die Liverpooler Hafenarbeiter einen der aufsehenerregendsten Streiks der britischen Geschichte organisiert. Nun haben sie den Streik beendet und ein Abfindungspaket in Höhe von 10 Millionen Pfund akzeptiert, ergänzt durch die Zusage, bei „freiwerdenden Stellen berücksichtigt“ zu werden.

Begonnen hatte der Streik am 28. September 1995 mit der Entlassung von 20 Hafenarbeitern, die sich gegen die Einführung des Tagelohns in den britischen Häfen wehrten. Die Solidaritätsaktion anderer Hafenarbeiter führten zu deren Entlassung. Daraufhin begannen 500 Hafenarbeiter ihren Streik, der vor allem auch durch ihre Frauen in der „Women of

the Waterfront“ unterstützt wurde. Die Gewerkschaften haben von Beginn an den Streik nicht unterstützt. Die Hafenarbeiter organisierten daraufhin einen weltweite Unterstützungsbewegung. Höhepunkt der Aktionen war ein weltweiter Aktionstag am 20. Januar letzten Jahres. In 82 Häfen rund um den Globus kam es zu Boykott, Arbeitsniederlegungen und Protestveranstaltungen. Es war ein hervorragendes Beispiel internationaler Solidarität.

Letztlich endet aber der Streik mit einer Niederlage. Die Hafenarbeiter haben ihre Forderungen nach Verbot der Tagelöhnerarbeiter nicht durchsetzen können, und mußte wegen mangelnder finanzieller Unterstützung das Angebot der Hafenkapitalisten annehmen. Die Niederlage ist aber in gewisser Weise relativ, denn die Gewerkschaften, die den Streik nicht unterstützt hatten, haben nun angekündigt, gegen das Gesetz vorzugehen, das den Kapitalisten erlaubt, Arbeiter zu entlassen, die sich mit den Streikenden solidarisieren.

Österreich: Kommunisten ziehen in Grazer Stadtrat ein

Konsequente Arbeit an der Basis führt zum Erfolg. Das erfuhren jetzt die Mitglieder der KP Österreich in der Stadt Graz. Bei der Gemeinderatswahl in der zweitgrößten Stadt Österreichs verdoppelten sie ihren Stimmanteil und ziehen nun mit 8% in den Gemeinderat ein. Der relativ hohe Stimmenanteil verschafft ihnen auch die Mitgliedschaft in dem neunköpfigen Stadtrat von Graz. Damit zogen die Kommunisten erstmals seit Jahrzehnten wieder in den Stadtrat einer Landeshauptstadt ein. Auslöser für diesen Erfolg war die konsequente Wohnungspolitik der Kommunisten.

Spanien: Bewaffneter Streik in den Kohlegruben

Im anhaltenden Bergarbeiterstreik in der spanischen Region Asturien haben sich die Kumpel inzwischen bewaffnet, um die Steinkohlegruben besetzt zu halten. Der Streik, an dem 10 000 Bergleute teilnehmen, hatte Weihnachten mit der Blockade von Straßen und Eisenbahnen begonnen. Die Arbeiter protestieren gegen einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen. Zahlreiche Personen sind seitdem verletzt worden. Ein Kumpel kam zu Tode, als er beim Aufbau einer Barrikade von einem vorbeirasenden Autofahrer erfaßt wurde. Das Opfer wurde durch einen eintägigen Generalstreik aller 25 000 spanischen Bergleute geehrt.

Die Unruhen an der Biskayaküste erinnern an jene großen Bergarbeiterstreiks in Asturien, die während der spanischen Republik und später unter der Franco-Diktatur mit Truppen bekämpft wurden.

(Zusammenstellung: hav)



KÖLN. Die kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei, die am vergangenen Mittwoch, Zuflucht in der Antoniterkirche fanden, setzen ihre Protestaktion jetzt in

der Kreuzkirche fort. Auch der Pfarrbezirk im Eigelsteinviertel gewährt den Flüchtlingen Zuflucht. Die kurdischen Familien fordern einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei und einen sicheren Aufenthalt in der Bundesrepublik.

Nach acht Jahren Leben in Deutschland sind sie jetzt zu „Illegalen“ ohne jegliche Rechte gemacht worden. Die Kinder können nicht mehr in die Schule, müssen sich vor den deutschen Behörden verstecken. Immer mit der Angst im Nacken, aufgegriffen, eingesperrt und abgeschoben zu werden. Die Evangelische Gemeinde Köln gewährt den Familien seit einer Woche Zuflucht in den Kirchen, um die Abschiebung in die Türkei zu verhindern. Die Kampagne kein mensch ist illegal und die Evangelische Gemeinde unterstützen sie und wollen ihnen und vielen anderen Flüchtlingen in ähnlicher Situation öffentlich Gehör verschaffen.

Großes Interesse zeigen auch viele Kölner BürgerInnen, die zu den Flüchtlingen in die Kirche kommen und sie mit Geld und Unterschriften unterstützen.

Presseerklärung

Erfolgreiche Konsulatsbesetzung gegen Lehrermangel

SCHWEINFURT. Im griechischen Lyzeum (vergleichbar der deutschen Mittel- und Oberstufe des Gymnasiums) in Schweinfurt herrschte seit Monaten Lehrermangel, so daß ein regelmäßiger Unterricht nicht mehr möglich war und die erfolgreiche Absolvierung des Abiturs für die Schüler der Schlüßklasse akut gefährdet war. Schüler und Eltern reisten deshalb nach München und besetzten dort, unterstützt von griechischen Schülern aus München, das Konsulat. Das Bildungsministerium in Athen gab daraufhin nach und billigte den Einsatz neuer Lehrkräfte.

Eigenständige griechische Schulen gibt es in Deutschland aufgrund eines bilateralen deutsch-griechischen Abkommens. In den Lyzeen werden die Schüler zweisprachig unterrichtet und erwerben mit ihrem Abschluß das Recht, an deutschen und griechischen Hochschulen zu studieren. Da griechischen Kindern, die im Ausland leben gleichzeitig eine gewisse Quote von Studienplätzen an griechischen Hochschulen garantiert wird, schafft doch ein relativ hoher Anteil der griechischen Kinder, die in Deutschland aufwachsen, den Zugang zum Studium und einen akademischen Abschluß. Aus Sicht des griechischen Staates sind die griechischen Lyzeen in Deutschland natürlich eine Einrichtung zur stärkeren Bindung der Arbeitsemigranten an ihr Herkunftsland. Die griechischen Lyzeen werden zum Teil vom griechischen Staat, aber auch von den Eltern selbst, finanziert.

cls

Demonstration gegen „Lauschangriff“

FRANKFURT. Das Frankfurter soziale Bündnis ruft für Mittwoch, den 4.2., zu einer Demonstration gegen den „Großen Lauschangriff“ auf. Am 5.2. entscheidet bekanntlich der Bundesrat über den vom Bundestag beschlossenen Eingriff in das wichtige Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung. Mit dem sozialen Bündnis versuchen Studenten der Uni und der FH ihren Protest mit anderen Initiativen zu verbinden. Bis jetzt dabei sind u.a. das FALZ, die DGB-Jugend, die Metaller Arbeitsloseninitiative, die AG Sozialhilfeinitiativen, das Cafe Hinterhof und die Projektgruppe Bahnhofsviertel.



ola

Naziaufmarsch

LÜBECK. Am 31.1. gelang es organisierten Neofaschisten eine Kundgebung in Lübeck-Moisling durchzuführen. Dazu das Lübecker Bündnis gegen Rassismus: 1. die Aufhebung des Kundgebungsverbotes der Stadt Lübeck durch das Schleswiger Verwaltungsgericht ist ein weiteres Beispiel für die Tolerierung neofaschistischer Umtriebe durch die Justiz. Die Nazi-Versammlung – angeführt von den Hamburger Nazikadern Christian Worch und Thomas Wulff – bestätigte die

Verbotsgründe der Stadt: das „Bündnis Rechts für Lübeck“ ist eine Tarnorganisation bereits verbotener faschistischer Organisationen. 2. Daß es nicht zum geplanten Marsch der Faschisten durch den Stadtteil kam, sondern die Faschisten sich mit einer kurzen Kundgebung begnügen mußten, ist ausschließlich der antifaschistischen Präsenz zu verdanken. 3. Das herbei-phantasierte Gewaltszenario der Polizei, die ausschließlich eine Gefährdung durch die antifaschistischen Gegenproteste sah, fand nicht statt. Der massivste Widerstand fand vornehmlich durch in Moisling lebende MigrantInnen statt, die sich durch den gespenstischen Aufmarsch der brauen Brandstifterbande bedroht fühlten mußten. 4. Die Polizei demonstrierte deutlich ihre Einseitigkeit: praktisch alle festgenommenen Personen waren Antifaschisten. Gleichzeitig wurden sogar Nazis, denen Knüppel und Schilder bei einer Polizeikontrolle abgenommen wurden, noch nach Lübeck gelassen. Wir wiederholen unsere Forderung an das Innenministerium, das „Bündnis gegen Rechts“ zu verbieten! Ansonsten können auch in Zukunft Verwaltungsrichter entscheiden, daß eine moderne SA-Truppe legal und polizeilich geschützt auf den Straßen marschieren kann.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Antifaschistische Demonstration erfolgreich

DÜSSELDORF. An der seit Monaten vom Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen (Antifa KOK) geplanten antifaschistischen Demonstration anlässlich des 65. Jahrestags der Machtübertragung an die Faschisten nahmen heute ca. 1200 Personen teil. Das Motto der Demonstration lautete: „Den Nazis entgegentreten! Weg mit dem Nationalen Infotelefon Rheinland! Kampf der Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft!“ Die Demonstrantinnen und Demonstranten zogen vom Schadowplatz aus nach Düsseldorf-Flingern, wo vor den Wohnhäusern der NIT-Betreiber auf die wichtige organisatorische Rolle des NIT s für die bundesweite Neonazi-Szene hingewiesen wurde. Die Demonstration war ein erster Höhepunkt der vom ANTIFA-KOK initiierten antifaschistischen Kampagne gegen die „Kameradschaft Düsseldorf“, die das neonazistische Infotelefon betreibt. Ein Ziel dieser Kampagne ist es, die Bevölkerung in Flingern für das Thema zu interessieren. Nachdem nach öffentlichem Druck eine neonazistische Gegendemonstration verboten worden ware, zogen es die Neonazis vor, ihre Mobilisierung zu stoppen. Artur Brachte, Sprecher des ANTIFA-KOK: „Die Demonstration war ein wichtiger und erfolgreicher Schritt zur Zerschlagung der neonazistischen Struktur. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, daß sich Faschisten in Düsseldorf nicht organisieren können.“

Antifa KOK

Widerstand von Gewerkschaftern und Studenten

5000 gegen Sozialabbau

MANNHEIM. Das war bisher einmalig in Mannheim und ist ermutigend für die Zukunft: Fast 5000 Menschen waren am Samstag, den 24. Januar, einem gemeinsamen Aufruf des DGB und des ASTA der Uni Mannheim gefolgt, um gegen Arbeits- und Sozialabbau und „für Bildung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zu demonstrieren.

Der Aufruf entstand aus einer gemeinsamen Initiative des ABB- und Boehringer-Betriebsrates, des ASTA und des DGB, die sich kurz vorher getroffen hatten. Die Teilnehmerzahl ist auch deshalb erstaunlich, weil der Termin für die Demonstration erst ein paar Tage zuvor feststand und die Mobilisierung seitens der Gewerkschaft im wesentlichen sich auf ABB und Boehringer beschränkte, die von akuten Abbauplänen betroffen sind. Trotzdem beteiligten sich auch viele Beschäftigte anderer Betriebe, Arbeitslose, Studenten und Schüler, die den Termin zum Teil aus der Zeitung erfahren haben.

Auf mitgeführten Plakaten der Vertrauensleute von ABB wurde gefordert „Generalstreik“ und „mit Kapital und Regierung französisch reden“. Während des Marschs durch die Mannheimer Fußgängerzone reihten sich immer wieder Leute ein.

Am Wasserturm folgte die Kundgebung. Der DGB-Kreisvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Nagel prangerte in seiner Rede den Sozialabbau der Regierung an. Nach dem Geschmack vieler Teilnehmer jenseits der Schmerzgrenze: seine offensichtliche Wahlwerbung für die SPD.

Danach sprach ein Vertreter des ASTA, der in Anspielung des naßkalten Wet-

ters in Richtung Bonn sagte. „Zieht euch warm an, im September geht es nicht nur um ein anderes Wetter in der Republik.“

Harald Blaull, Betriebsratsvorsitzender von Boehringer schilderte, wie die Eigentümer-Familie Engelhorn durch den Verkauf der Boehringer Mannheim an La Roche die sagenhafte Summe von 19 Milliarden Mark kassierte und das steuerfrei, weil der Sitz der Holding auf den Bahamas sich befindet. Besonders empörend fanden es die Anwesenden, daß Engelhorn es ablehnte, auf die vergleichsweise geringe Summe von 700 Millionen Mark zu verzichten – dann nämlich hätte La Roche eine Beschäftigungsgarantie abgegeben. Nun müssen 1400 Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz fürchten.

Der Betriebsratsvorsitzende der ABB Kraftwerke, Udo Belz, schätzte die Maßnahmen bei ABB als „sicheren Tod in Raten“ des Standortes Mannheim-Käfertal ein. Er prangerte Großkonzerne wie ABB an, die nur noch um des Profits willen für ein paar Kapitalbesitzer produzieren. Er forderte eine andere Politik und einen Regierungswechsel in Bonn. Unter Beifall forderte er auf, laut und vernehmlich „Nein“ zu sagen, nicht mehr mitzumachen, sich zu verweigern.

Die Proteste und Aktionen sollen nicht mehr aufhören. Sie sollen weitergehen. Belz forderte dazu auf, die monatlichen Aktionen der Arbeitsloseninitiativen zu unterstützen. Am 5. Februar, dem Tag der Bekanntgabe der Januar-Arbeitslosenzahl, findet ein bundesweiter Aktionstag vor den Arbeitsämtern statt, um gegen die Gesetzesänderungen der Bundesregierung zu protestieren.

scr

Aktionstag vor den Arbeitsämtern

Die französischen Arbeitslosen gehen zur Zeit auf die Straße, besetzen Ämter und fordern eine Verbesserung ihrer Lage. Auch wir deutschen Arbeitslosengruppen haben allen Grund zum Protest. Deshalb ruft die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zum Aktionstag am 5.2. vor den Arbeitsämtern auf.

Wer's schafft, kann monatlich am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen mit Aktionen und Protesten weitermachen, bis zur Bundestagswahl (5.2., 5.3., 7.4., 8.5., 9.6., 7.7., 6.8., 8.9.1998). Im September wird voraussichtlich eine große Demonstration in Berlin stattfinden. Im folgenden der Aufruf zum Aktionstag am 5.5.:

Schikane, Zwang in miese Jobs, kein Geld und keine Perspektive, so ist die Situation der Arbeitslosen und insbesondere der Langzeitarbeitslosen in Deutschland. Deshalb erklären wir uns solidarisch mit den Protesten der französischen Arbeitslosen und rufen zu einem Aktionstag am 5. Februar auf.

Während die Erwerbslosen durch Meldepflicht und Bewerbungzwang schikaniert werden, entlässt die Bundesregierung sich selbst und die Unternehmer aus der Verantwortung! Deshalb wollen wir am Tag der Bekanntgabe der Januar-Arbeitslosenzahl vor den Arbeitsämtern gegen die Gesetzesänderungen und die Untätigkeit der Bundesregierung protestieren.

Das Arbeitsförderungsgesetz diszipliniert Arbeitslose und fördert schlecht bezahlte Arbeit. Weg mit Meldepflicht und Bewerbungzwang, das schafft keinen einzigen Arbeitsplatz! Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und existenzsichernde Löhne!

Von Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder miesen Jobs an der Sozialhilfegrenze kann man nicht menschenwürdig leben. Wir brauchen eine ausreichende soziale Absicherung!

Wir brauchen deutlich kürzere und keine verlängerten Arbeitszeiten, wie die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst jetzt wieder fordern!

Unterzeichner:

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Landeskordination der Saarländischen Arbeitsloseninitiativen, Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, Arbeitslosenverband Deutschland e.V., Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst.

Als Mitaufrufer angefragt: DGB, IGM, HBV, GEW, GHK, NGG..., EKD/Beauftragter für Fragen der Arbeitslosigkeit, Netzwerk Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung.





**Soldatengottesdienst,
Kardinal Meisner:**

**„Rüstung ist
uns lieb und
teuer“**

Freies Radio im Rhein-Neckar-Raum

Höre mit Schmerzen ?!

MANNHEIM. Mit akuten Ohrenschmerzen muß rechnen, wer in der Rhein-Neckar-Region das Radio einschaltet. Da sind zum einen die privaten Dudelfunkanbieter – RPR, Radio Regenbogen, Radio Sunshine etc. – die sich in unserer Region in rekordverdächtiger Zahl tummeln. Sie machen sogenanntes Format-Radio, was nichts anderes heißt als vor allem Musik, Musik, Musik, und zwar von der furchterlichen Sorte, je nach Alter der Zielgruppe von Pop über Evergreens bis zu Volksmusik reichend, alberne Modernation und möglichst wenige und möglichst belanglose Wortbeiträge. Zum anderen sendet ein Dreigestirn der Öffentlich-Rechtlichen – Südfunk, SWF und HR –, wobei vor allem erstere mit ihren dritten und vierten Programmen das private Radio an Niveaulosigkeit und Dummheit noch zu übertreffen zu versuchen. Man kann also am Frequenzknöpfchen drehen und drehen, es will einfach nichts Hörbares herauskommen.

Nicht zuletzt um dem abzuhelfen, hat sich eine Initiative für ein Freies Radio Rhein-Neckar gegründet, die sich seit Ende letzten Jahres in (bisher noch) unregelmäßigen Abständen trifft. Ausgehend vom Radio Dreyeckland, das sich

Mitte der Achtziger in Freiburg etablieren konnte, wird das Modell des freien Radios mittlerweile mit Erfolg in vielen Großstädten und Ballungsräumen betrieben. Freies Radio heißt dabei nicht nur werbefreies, also nicht-kommerzielles Radio. Es bedeutet auch, daß sowohl die Grenzen zwischen Hörern und Radiomachern fließend sind – prinzipiell kann also jede und jeder mitmachen, das Radio wird nicht von „Profis“ betrieben – als auch Themen aufgegriffen werden und Gruppen Zugang haben, die sonst in der Medienlandschaft nicht zum Zuge kommen. Im Unterschied zu den Offenen Kanälen etwa gibt es allerdings ein festes Konzept und eine Programmstruktur, die von den verschiedenen Gruppen und Menschen, die das Freie Radio machen, gestaltet und getragen wird. Die Mitarbeit ist dabei ausschließlich ehrenamtlich. Finanziert werden Freie Radios größtenteils aus Spenden, Zuwendungen aus öffentlichen Kassen sowie den Beiträgen der Mitglieder, die in einem Förderverein organisiert sind.

Ein solcher Förderverein wurde am 12. Januar diesen Jahres beim mittlerweile 4. Treffen der Radio-Initiative gegründet. Etwa fünfzig Radiointeressierte hatten sich eingefunden, und die teilweise sehr lebhafte Debatte um die Satzung des Vereins machte sofort deutlich, daß freies Radio durchaus auch Auseinandersetzung und Kontroverse bedeutet. Anders als in der Rhein-Neckar-Region gibt es in

allen Ballungsräumen und größeren Städten in Baden-Württemberg mittlerweile freies Radio, und so konnte ein Vertreter des Radio Querfunk aus Karlsruhe, das seit zweieinhalb Jahren existiert, vom dortigen Radiobetrieb und den Erfahrungen berichten. So betragen die laufenden Kosten in Karlsruhe pro Monat etwa 3000 Mark, das Programm wird von rund hundert Leuten besritten...

Im Rhein-Neckar-Dreieck hat der Countdown für ein Freies Radio nun begonnen: bis zum Herbst dieses Jahres bleibt der Initiative nun Zeit, ein schlüssiges Programm – und ein tragfähiges Finanzierungskonzept zu erarbeiten, um sich dann bei der LfK (Landesanstalt für Kommunikation) um eine Frequenz zu bewerben. Sebastian Gehr, einer der Initiatoren, ist zuversichtlich, daß der jetzigen Initiative das Schicksal ähnlicher Versuche erspart bleibt, die in den letzten Jahren in Mannheim und auch in Heidelberg bei der Vergabe der Frequenzen leer ausgegangen waren. Gerade auch durch die Häufung sowohl von privaten als auch öffentlich-rechtlichen Anbietern sei es bisher schwierig gewesen, sich durchzusetzen. Da aber im Herbst die Fusion von Südfunk und Südwestfunk ansteht, würden natürlich Frequenzen frei, was die Chancen eines Freien Radios Rhein-Neckar steigert, zumal Baden-Württemberg eine Förderung von Freien Radios gesetzlich verankert hat.

Wichtig ist jetzt, daß sich nach dem



Köln. Für den 22. Januar hatte das Aktionsbündnis gegen die Militarisierung der Gesellschaft zu einer Protestaktion aufgerufen. Wir veröffentlichen hier Bilder der Kölner Gruppe Arbeiterfotografie und einen kurzen Ablauf der Aktion:

7.30 Uhr: 300 Demonstranten versammeln sich in der Nähe des Doms.

8.15 Uhr: rücken die ersten Soldaten an und gruppieren sich auf der Domplatte. Sprechchöre, Transparente ...

8.45 Uhr: Verteidigungsminister Rühe trifft ein.

9.03 Uhr: Um fast eine halbe Stunde zu spät, zieht unter Glockengeläut Kardinal Meisner in den Dom ein. Dort begrüßt er mit Handschlag den Verteidigungsminister.

9.30 Uhr: Die Gegendemonstranten dürfen jetzt enger an den Dom heranrücken. Die Polizei bildet die ganze Zeit eine lose Kette.

10.15 Uhr: Der Gottesdienst ist zu Ende. Mit Unterstützung der Polizei kämpft sich Meisner zu seinem Auto. Rühe wird nicht mehr gesehen. Jetzt erst kann man Flugblätter an die Soldaten verteilen. Ein Oberst

fragt: „Wo waren Sie beim Oderbruch?“(!?)
10.45 Uhr: An der Gegenkundgebung beteiligen sich ca. 200 Personen. Dorothee Sölle und andere Redner.

11.00 Flugblattaktion beim Essenfassen der Soldaten. Unterschiedliches Echo. Rund um die Kundgebung bilden sich Diskussionsgruppen mit Soldaten.

11.45 Zum Schluß der Kundgebung spricht der Kabarettist Pachel.

Fazit: Eine gelungene Aktion. Fortsetzung 1999.
jöd

verheißungsvollen Start auch weiterhin genug Leute finden, die Lust haben, zunächst an einer Konzeption mitzuarbeiten und später nach erfolgreicher Bewerbung auf Sendung zu gehen und ein eigenes Radio zu machen. Auf daß man im nächsten Jahr im Rhein-Neckar-Raum nicht mehr verzweifelt und vergeblich am Knöpfchen drehen muß, um Ohrenweh zu vermeiden.

Informationen über die Initiative (Treffen etc.) unter Tel.: 0177/993 218 045, Internet: <http://webrum.uni-mannheim.de/fht/poigne/datum.htm>.

die bayerischen Hochschulpläne zu initiieren. Wir dokumentieren aus ihrer Erklärung.

Wenn man sich den Entwurf des bayerischen Hochschulgesetzes ansieht, könnte man glauben, daß ein Studium an einer bayerischen Hochschule nur ein Ziel haben soll: schnellstmöglich arbeitsmarkt- und wirtschaftskonforme junge Menschen zu „produzieren“.

Dies ist für uns nicht akzeptabel! Eine Ausrichtung der Hochschulen an so kurzfristigen Interessen wird dieser Gesellschaft schon bald schwer schaden. Die Hochschulen müssen vielmehr wieder ein Ort der Reflexion von Wissen und Gesellschaft und der Suche nach neuen Wegen und Konzepten werden. Eine Fixierung auf den heutigen Stand von Wissen und Technik wäre katastrophal. Die Zukunft wird immer neue Herausforderungen an uns stellen, die wir nur mit einer flexiblen und denkfähigen Gesellschaft lösen werden können.

Da wir Studierenden nicht an der jetzigen „Reform“ beteiligt worden sind, aber nicht tatenlos zusehen wollen, wie der oft gepriesene „Geist der Hochschulen“ in eine viel zu enge Flasche gesperrt wird, sehen wir uns geradezu gezwungen zu handeln.

Wir haben nur die Möglichkeit, mit einem Gegenentwurf, der andere Prioritäten setzt, an die Öffentlichkeit zu treten. Es kann nicht sein, daß die Bayerische Staatsregierung versucht, eine so rich-

tungsweisende Entscheidung ohne den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs zu treffen. Dies entspricht nicht unserem Demokratieverständnis.

Die ganze Bevölkerung muß entscheiden, wie die Hochschule der Zukunft aussehen und welche Aufgaben sie erfüllen können soll.

Deshalb haben wir Studierenden uns dazu entschlossen, die Initiative für ein Volksbegehren ins Leben zu rufen.

In den letzten Wochen sind viele kreative und höchst konstruktive Vorschläge gemacht worden. Diese Ideen dürfen nicht einfach ungehört wieder in irgendwelchen Schubladen verschwinden. Sie müssen in die öffentliche Diskussion eingebbracht werden. Da sich die Staatsregierung dieser Auseinandersetzung nicht stellt, müssen wir sie dazu zwingen. Das Volksbegehren bietet dazu die weitestgehende Möglichkeit. Wir sind uns bewußt, daß wir uns eine schwere Aufgabe gestellt haben. Aber wir sind der Meinung, daß wir es versuchen müssen, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Bildung anzustoßen. Und wir sind uns sicher, daß wir durch diesen Weg dazu beitragen werden, die Blickrichtung etwas vom finanziellen Aspekt wegziehen und auf wichtige Grundsatzfragen lenken zu können. Wir rechnen uns gute Chancen aus, eine Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Hochschulen keine Lernfabriken werden dürfen.

Weiter Aktionen von Studierenden an den Universitäten / Initiativentreffen in Würzburg gegen die bayer. Hochschulpolitik

Volksbegehren für Demokratie und Bildung, gegen die Hochschulpläne

Mit regelmäßigen Mittwochs-Demos und öffentlichkeitswirksamen Aktionen wollen Studierende zusammen mit anderen Lernenden bis zu den Landtags- und Bundestagswahlen auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Am 1. Februar trafen sich in Würzburg Studierende, um ein Volksbegehren gegen

Nazi-Aufmarsch und Gegenprotest

Etwa 1200 Neonazis durften am 24. Januar in Springerstiefeln und „Führermänteln“, mit Plakaten und Transparenten für die „Helden der Waffen-SS“ an den Standorten der ehemaligen und der geplanten Synagoge vorbei durch die sächsische Landeshauptstadt Dresden marschieren.

Die NPD hatte aufgerufen, protestierte gegen die wenige Tage vorher in der Stadt eröffnete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht und konnte an diesem Tag mit einer schauerlichen Kundgebung vor der Semperoper auftreten.

Etwa ebenso viele Menschen beteiligten sich zur gleichen Zeit auf einer Protestkundgebung des „Dresdner Bündnis gegen rechts“ gegen diesen Naziaufmarsch. DGB, SPD, Grüne, PDS und Antifagruppen arbeiteten in diesem Bündnis zusammen. Doch während die sächsische Polizei an den Naziparolen und der SS-Verherrlichung der NPD offenbar nichts auszusetzen hatte, wurden die Gegendemonstranten gefilzt, ständig observiert und schikaniert. „Eine Schande für die Landeshauptstadt“, so André Hahn, der Fraktionsgeschäftsführer der PDS im Landtag.

Neun Tage vorher, am 15. Januar, hatte Dresdens OB Wagner sowohl den NPD-Aufmarsch als auch den Protest des Dresdner Bündnisses zu verbieten ver-



sucht. Dagegen hatte der DGB Kreis Dresden im Namen des „Bündnisses gegen Rechts“ protestiert: „Wir als Veranstalter verwehren uns dagegen, durch die Verbotsverfügung mit der rechtsradikalen NPD in einen Topf geworfen zu werden. Die Ursache einer Gefährdung liegt allein in dem geplanten Aufmarsch der Neo-Faschisten hier in Dresden. Geplant war dabei eine Rede des verurteilten Rechtsterroristen Manfred Roeder. Der hatte jüngst angekündigt, daß Deutschland einen Umsturz brauche und daß dabei „Blut fließen“ müsse. Als einer der Organisatoren für die NPD fungiert ein ehemaliger Funktionär der verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP).

Daß unter diesen Umständen von dem Aufmarsch der Rechten eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist, vermögen wir nachzuvollziehen. Die von uns geplante Demonstration sollte ein Zeichen gegen Gewalt setzen.“

Beide Verbote – das Verbot der NPD-Demonstration wie das der Gegendemonstration – waren dann kurz vor dem 24. Januar wieder aufgehoben worden, wobei die NPD ihren Aufmarsch kurzerhand zur Eröffnung des Bundestagswahlkampfes erklärt hatte.

Schon am morgen bei der Anreise der Antifaschisten hatte sich wieder einmal gezeigt, wofür die sächsische Polizei von „König Kurt“ Biedenkopf (CDU) der

TON Volksbegehren gegen den Transrapid

Bis 19.2. läuft in Brandenburg das Volksbegehren gegen den Transrapid. Kommen 80 000 Unterschriften zusammen, muß der Landtag beraten, ob er das Transrapid-Projekt wie beantragt verwirft. Lehnt er das ab, findet ein Volksentscheid statt. Möglicher Termin: 27. September, Tag der Bundestagswahlen.

Hier ein Flugblatt der PDS:

Sie sollten sich wehren!

Wie oft haben Sie schon Unmut über die Verschwendungen von Steuergeldern empfunden? Wie oft kamen Sie sich ohnmächtig vor? 12 Milliarden Deutsche Mark für den Transrapid? Auch Sie halten dieses unwirtschaftliche und unökologische Prestigeprojekt für überflüssig?

Sie können sich wehren! Alle Wahlberechtigten im Land Brandenburg sind aufgefordert, ihre Unterschrift zu leisten, mit der sie vom Landtag fordern, sich erneut mit dem vorgesehenen Bau einer Magnetschwebebahn zwischen Hamburg und Berlin zu befassen.

80 000 Unterschriften sind für dieses Volksbegehren notwendig. Lehnt das Parlament dieses Volksbegehren ab, muß

ein Volksentscheid durchgeführt werden. Zwingen Sie die Abgeordneten mit ihrer Unterschrift zu gründlicherem Nachdenken, denn jede Mark wird für sinnvolle Investitionen – aber auch für soziale Maßnahmen – gebraucht! Bis zum 19. Februar 1998 können Sie Position beziehen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, gehen Sie zum Einwohnermeldeamt, fragen Sie nach den Unterschriftenlisten und fordern Sie die von Ihnen gewählten Abgeordneten des Brandenburger Landtages mit Ihrer Unterschrift auf, nochmals im Parlament über Sinn oder Unsinn des Transrapid-Bauvorhabens zu beraten.

Zur Unterschriftenleistung müssen Sie Ihren Personalausweis vorlegen. (...)

Gehen Sie in das Einwohnermeldeamt und protestieren Sie mit ihrer Unterschrift aus folgenden guten Gründen:

1. Der Transrapid ist verkehrspolitisch überflüssig. Er bringt nur geringe Fahrzeitverkürzung gegenüber einem ICE zwischen Hamburg und Berlin. Es würde auf den Ausbau zur ICE-Strecke und eine mögliche Einbindung in das europäische Schienennetz verzichtet werden. Der Transrapid stellt eine Insellösung dar. Der prognostizierte Transportbedarf für 14 Millionen Passagiere jähr-

lich ist illusionär; derzeit wird die Strecke von 4,5 Mio. Fahrgästen pro Jahr benutzt. Die Fahrkarte für eine Fahrtstrecke wird mind. 150 DM betragen.

2. Der Transrapid ist umweltfeindlich und unökonomisch. Die Landschaft, die Städte und Dörfer würden durch ein bis zu 10 Meter hohes Stelzenuntergestell deformiert. Die zu erwartende Lärmbelästigung entspricht mit 92 dB (A) der Lautstärke eines Preßlufthammers. Der Transrapid verbraucht doppelt soviel Strom wie ein Schienenfahrzeug.

3. Die internationalen Absatzchancen sind Träume der Projektbefürworter. Weder in den Ländern der EU noch in Asien ist ein Interesse erkennbar. International wird auf die herkömmliche Schiene gesetzt. Die Technik einer Magnetschwebebahn ist nicht neu. Sie ist schon seit den sechziger Jahren anwendbar. Übrigens, wenn sich die reichen Konzerne Gewinne erhoffen, wäre es rechtens, daß sie die Bahn selbst finanzieren.

4. Das erneute Versprechen zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist nicht glaubhaft. Mit diesen Milliarden, die für 2000 Arbeitsplätze eingesetzt werden sollen, könnten Arbeitsplätze für 60 000 Menschen geschaffen werden. Dagegen würde der Verzicht auf den Ausbau der ICE-

Feind steht: Während der Aufmarsch der NPD, die Sachsen als ihren zweitgrößten Landesverband in der BRD bezeichnet, von der Polizei ungestört blieb, konnten etwa 50 Neonazis in Wurzen 300 junge Leipziger Antifas, die nach Dresden wollten, schon bei der Durchreise ihres Zuges durch den Bahnhof Wurzen unter den Augen der Polizei mit einem Stein-hagel eindecken, in den Zug steigen und dort eine schwere Schlägerei beginnen. Fazit: Neun zum Teil schwer Verletzte. Die Polizei hinderte die Leipziger Antifas darauf an der Weiterreise nach Dresden. Auch Busse des DGB wurden von der Polizei festgehalten.

Daß das „Bündnis gegen rechts“ und die Stadtverwaltung diesen Aufmarsch nicht verhindern konnten, empfanden Sprecher von Antifa bis SPD am Nachmittag des 24. Januar als Niederlage. Schwere Vorwürfe richteten sie dabei auch gegen den Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU): Ein entschiedenes Auftreten der Stadt gegen die NPD-Kundgebung und ein juristisch sattelfestes Verbot hätten den Neonazi-Aufmarsch verhindern können.

Zu einem Eklat um die Ausstellung kam es bei der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, die zu einer Diskussion die Rechtsradikalen Alfred Mechtersheimer und Franz-Uhle Wettler eingeladen hatte. Volker Beck (MdB Grüne) und der PDS-Bundestagsabgeordnete Heinrich Graf von Einsiedel blieben daraufhin der Debatte fern. *rul*

Quellen: Berliner Zeitung, Junge Welt, taz, 26.1.98; DGB-Dresden, 16.1.98

O- TON

Strecke zum Wegfall von 1 000 Arbeitsplätzen allein im Bahnausbesserungswerk Wittenberge führen. Nicht absehbar ist vorerst, was durch Kürzung öffentlicher Mittel für die Regionalbahnen und den öffentlichen Personennahverkehr an Arbeitsplätzen verlorengehen wird.

5. Die für den Transrapid vorgesehenen Milliarden könnten für nützlichere Zwecke eingesetzt werden.

- Ausbau der ICE-Strecke von Hamburg nach Berlin bis zum Jahre 2005 bedeutet sichere Arbeitsplätze und Anbindung an das europäische Schienennetzwerksnetz.
- Ausbau eines bedarfsgerechten, angebotsorientierten, schienengebundenen Personen- und Güter- Nah- und Fernverkehrs zu verträglichen Preisen.
- Unterstützung des Schienenfahrzeugsbaus im Land Brandenburg und Entwicklung von Modellen zur Verringerung des Güter- und Individualverkehrs auf der Straße.

• Förderung eines flächendeckenden, attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs. (1997 wurden, von ursprünglich vorgesehenen 90 Millionen, 20 Mio. DM weniger ausgegeben).

(PDS Ludwigsfelde)

GROSSE FRAGEN: Bonn.

Die Bundesregierung kann immer noch nicht auf die Große Anfrage über die Lage der bundesdeutschen Städte, Gemeinden und Landkreise antworten, die die PDS-Bundestagsgruppe am 30. Juni 1997 eingereicht hatte. Zu den 96 Fragen der PDS (Drs. 13/8152) gesellten sich 44 ähnliche der SPD (Drs. 13/8238). Die Regierung versprach Antwort, der PDS im Januar 1998, der SPD im Monat darauf. Kurz vor Ultimo, am 10. Dezember, verblüfften CDU/CSU und FDP nicht etwa mit einer vorgezogenen Antwort, sondern mit einer eigenen Großen Anfrage zur „Lage der Städte, Gemeinden und Kreise“ (Drs. 13/9467). Hier kamen 73 Punkte zustande. Die Bundesregierung bittet jetzt mit dem Verweis auf den „engen sachlichen Zusammenhang“ um Terminverlängerung für die Anfragen der Opposition bis Ende April 1998.

CLUB ALPHA 60: Schwäbisch Hall.

Obwohl der Gemeinderat vor zwei Jahren beschloß, den club alpha 60 in der alten Wildbadquelle unterzubringen, schlägt nun der Oberbürgermeister eine Verlagerung in das Bahnhofsgebäude vor. Abgesehen davon, daß dies eine Verschlechterung für den Club bedeutet, müßte auch der Bahnhof geschlossen werden. Für andere Kulturprojekte, wie z.B. im Umfeld des entstehenden Würthmuseums, sind andererseits Gelder vorhanden. Anträge von AL/Grüne und vielen Privatpersonen zur Änderung der Haushaltsvorgaben wurden abgelehnt. Der club alpha ist das älteste soziokulturelle Zentrum Deutschlands in Selbstverwaltung und hat über 400 Mitglieder.

AGENDA 21: *Nürnberg.* Der Runde Tisch Energie und Klima in der Nürnberger Agenda 21 bittet alle Agenda-Büros, die Bundestagskandidaten mit folgenden Forderungen zu konfrontieren: 1. Wie wollen Sie bewirken, daß die angekündigte Reduzierung der CO₂-Emission bis zum Jahr 2005 Wirklichkeit wird? 2. Sind Sie bereit, eine Steuerreform mit Schwerpunkt Energiesteuer für Verbrennung fossiler Stoffe und Kernenergie mitzutragen und durchzusetzen? 3. Sind Sie bereit, sich für die Besteuerung von Flugtreibstoff in gleicher Höhe wie für Benzin einzusetzen? Mit der Konzentrierung auf diese drei Punkte soll das bisherige Ausweichen der Verantwortlichen auf „unproblematischere Randgebiete“ vermieden werden.

LAW AND ORDER: *Berlin.* Die PDS kritisiert die Haltung des Berliner Innenstaatssekretärs Dr. Kuno Böse. Auf der Konferenz „Sicherheit in Wohnanlagen“ der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr hätte er wortreich die Bedrohung durch kriminelle Ausländer beschworen und in diesem Kontext

auch von „tickenden Zeitbomben“ gesprochen. Außerdem verstieg er sich zu der Behauptung, daß Ordnungsbehörden, die sich aus der Verantwortung gegen kriminelle Potentiale vorzugehen, „verabschiedet haben“, durch die Innenverwaltung „zurückgeholt“ werden müssen. Die Innenverwaltung, so Böse wörtlich, führt einen „Kampf gegen Ordnungsbehörden“, die sich weigern, Sozialdaten von potentiellen Straftätern zu übermitteln. Die PDS sieht darin den Versuch, Teile der bezirklichen Verwaltung zu einem Kriminalitätsrisiko abzustempeln. Sie fordert Senator Kleemann zum Eingreifen auf.

GULLYDECKEL: Gilching/Obayern.

Der Gemeinderat der 16.000 Einwohner zählenden Kommune Gilching im Landkreis Starnberg hat mit der Mehrheit von einer Stimme beschlossen, die rund 200 gemeindlichen Kanaldeckel für Werbezwecke zur Verfügung zu stellen. Eine Dresdner Firma will, wie schon in Düsseldorf, Werbemotive in glasklaren Kunststoff gießen und im Innern des Kanaldeckels anbringen. „Von den Einnahmen würden jedes Jahr 400 Mark pro Kanaldeckel an die Gemeinde gehen“, sagte Bürgermeister Reich.

KLEINSTGEMEINDEBUND: Land

Brandenburg. Das letzte Wort über die freiwilligen Zusammenschlüsse von Gemeinden ist für die Mehrzahl der 1.600 kleinen Gemeinden in Brandenburg noch nicht gesprochen. Unter dem Stichwort KBG bekommt der Städte- und Gemeindebund jetzt Konkurrenz. KBG bedeutet Kleinstgemeindebund Brandenburg e.V.; er will die Mehrzahl der Orte mit weniger als 500 Einwohnern ansprechen. Inzwischen unterstützen etwa 60 Bürgermeister das Vorhaben. In ihrem Aufruf heißt es u.a.: „Wir wollen auch in Zukunft in demokratisch gewählten Gremien unsere Dörfer vertreten und unseren Sachverständnis nicht ausschalten lassen. Wir wollen unser Kleinstgemeindeeigentum von keinen Großgemeinden verkaufen lassen.“

MIETERPROTEST: Frankfurt/Main.

Ende 97 hatte die Mehrheit der Gesellschafter der MAVEST-Wohnungsbaugesellschaft, u.a. die Stadt Frankfurt, beschlossen, ihre Anteile an die GSG, ein Unternehmen der Landesbank Hessen-Thüringen, zu veräußern. Außerdem wurden sämtliche öffentlichen Mittel zurückgezahlt, so daß die Sozialbindung, die teilweise noch 40 Jahre betragen hätte, kurzfristig ausläuft. Die MAVEST besitzt 1800 Wohnungen in Frankfurt und Umgebung, darunter 80 in Maintal. Am 21.1. fand daraufhin auf Einladung der Mieterinitiative Maintal eine Versammlung statt, auf der Schutzforderungen beschlossen wurden.

Zusammenstellung: baf

„BETRIEBSVER-SAMMLUNG“ IN

BASEL. Im neuen Jahr setzte die Boehringer-Belegschaft aus Mannheim ihren Kampf gegen die Massenentlassungspläne des Roche-Konzerns mit einer großen Aktion am Samstag, 17.1., fort: 1200 Menschen, Beschäftigte und viele ihrer Familienmitglieder, fuhren mit einem Sonderzug nach Basel. Sie marschierten dort vom Bahnhof zum Hauptsitz des Konzerns. Nach einer Umrundung des Werks übergab eine Delegation, die vom Personalchef und dem Leiter der „Corporate Communications“ empfangen wurde, 37000 in Mannheim gesammelte Protestunterschriften. Die Manager sahen sich genötigt, Verhandlungen mit den Gewerkschaften anzukündigen und von „sozialverträglichem“ Stellenabbau zu reden; man wolle keinen Konflikt. Unterstützt wurden die Boehringer durch italienische und Schweizer Gewerkschafter, so z.B. auch von Vertretern der Arbeiterkommissionen der Novartis und der Ciba Spezialitätenchemie in Basel. Die Aktion bekam in der Schweiz eine gute Presse. Die *Basler Zeitung* vom 19.1. zitierte eine Baslerin, die sich über mangelnde Solidarität seitens der Schweizer erregte:

„Es geht ihnen ja an den gleichen Kragen. Nicht nur in Deutschland werden Stellen abgebaut.“ Die *Neue Zürcher Zeitung* resümierte: „Ganz ohne Wirkung war das – auch zeitlich wie finanziell aufwendige – Engagement der Boehringer-Belegschaft nicht.“ Die Aktion dürfte im übrigen die Zusammenarbeit gefördert haben zwischen den Betriebsratsfraktionen der „Gemeinsamen Liste“ und der IG Bergbau, Chemie, Energie, die die Aktion organisiert hatte. *tth*

KNORR BREMSE: STANDORTSICHERUNG. Bei der Knorr Bremse in München wurde im August 1997 die 40-Stunden Woche auf Vorschlag des Betriebsratsvorsitzenden wieder eingeführt. Wie der Betriebsratsvorsitzende damals auf der Betriebsversammlung verlauten ließ, hatte er dafür die Rückendeckung der IGM. Die Umsetzung erfolgte auf einzelvertraglicher Basis. Es kam eine Vereinbarung zwischen der Geschäftsleitung

und dem Betriebsrat zustande, welche eine Standortsicherung für drei Jahre beinhaltet, unter der Voraussetzung, daß (annähernd) alle Mitarbeiter freiwillig einen 40-Stunden-Vertrag unterschreiben. Die Vereinbarung enthält zusätzlich eine Option auf 100 Entlassungen. Die Vereinbarung hing am schwarzen Brett aus. Auf Druck beider Seiten haben die meisten Kollegen unterschrieben, so daß sie wirksam wurde. Der Hintergrund ist die angekündigte Verlagerung eines der letzten großen Produktionsbereiche von München nach Ungarn. Wegen großer Schwierigkeiten bei der Ingangsetzung der Produktion in Ungarn sollte die Verlagerung den Weg über das Werk in Berlin machen. Also war die Logik des Betriebsratsvorsitzenden: Man muß nur mehr bieten als die Kollegen in Berlin um die Produktion in München zu behalten. Der Betriebsrat im Berliner Bremsenwerk hat gleich nachgezogen und bot ein ganzes Paket an, u.a. mit 42-Stundenwoche und Überstunden ohne Zuschläge. Die Geschäftsleitung ist beim ersten Angebot geblieben. Für die Belegschaften in München und Berlin ist die ganze Angelegenheit eine peinliche Vorstellung und der Ausverkauf der Solidarität.

Auf Draht

BEI MERCEDES BREMEN: KEINE ÜBERSTUNDEN.

Nachdem bereits in der ersten Produktionswoche des Jahres, die Bereitschaft, Überstunden zu leisten, in der A-Schicht und Dauernachtschicht rapide zurück gegangen war, wurde diese Form des Protestes und Widerstandes von den Kollegen der B-Schicht in der zweiten Produktionswoche fortgesetzt. Mußten in der ersten Woche 3 Staplerfahrer in der Nachschicht und 3 Kollegen der Fertigung bestimmt werden, die abverlangte Mehrarbeit zu leisten (Auswahl nach sozialen Gesichtspunkten), so waren es in der zweiten Woche 3 Kollegen der Werkzeugmacher; 7 Kollegen der Instandhaltung und 5 Kollegen der Fertigung, die die abverlangte Mehrarbeit nicht freiwillig ableisteten, sondern bestimmt wurden. Unseres Wissens hatte es so etwas zuletzt in diesem Werk vor etwa 10 Jahren gegeben, als sich die Instandhalter erfolgreich gegen die Einführung des Regelsamstags zur Wehr gesetzt hatten. Wie schon in der ersten Woche hatten die Bemühungen der Teamleiter, die Kollegen zu motivieren, doch, wie in der Vergangenheit, die Mehrarbeit freiwillig zu leisten, keinen Erfolg. Wieder hatten die Teamleiter die Aufgabe zu motivieren erhalten, wieder nicht

zur „Motivationsrunde“ erschienen waren die Herren, die für die Beantragung der Kapazitätserweiterung durch eine von drei angeblichen „Alternativen“ und der Kündigung der Dauernachtschicht verantwortlich sind. Ähnlich die Situation in der letzten Woche, der dritten Produktionswoche des Jahres: Obwohl die Preßwerksleitung nur noch Mehrarbeit im bescheidenen Umfang beantragte, erhielt sie die „nötigste Produktion“ nur, weil in der Dauernachtschicht und Frühschicht mehr Kollegen zur Ableistung von Mehrarbeit bestimmt wurden als in den zwei Wochen davor. Wenn aber Kollegen erwartet hatten, daß jetzt mal ein Motivationsversuch von den Herren unternommen wird, die die Dauernachtschicht-Vereinbarung kündigten und als „Alternativen“ zur heutigen Arbeitszeit im Preßwerk den Samstag als Regelsamstag ohne Mehrarbeitsprozent in der Früh- und Spätschicht, die 5. und gar 6. Nacht als Regelarbeitstag ohne Mehrarbeitsprozent in der 3-Schicht-Wechselschicht fordern – so wurden sie enttäuscht.

Die Anzahl der Kollegen im Preßwerk ist gewachsen, die nicht mehr bereit sind, Überstunden freiwillig zu leisten, solange der Antrag und die Kündigung der Dauernachtschicht nicht vom Tisch sind. Gewachsen ist die Anzahl der Kollegen, für die es auch kein akzeptables Wochenendschichtmodell geben kann. Gewachsen ist die Anzahl der Kollegen, die wissen, daß es nicht nur die Kollegen im Preßwerk etwas angeht – droht doch im Preßwerk der Einstieg in den Regelsamstag und in die 5. Nachschicht in Wechselschicht für das ganze Werk. Das Betriebsratsgremium hat noch nicht abschließend beraten, mit welchem Auftrag Betriebsräte in die erste Betriebsausschusssitzung des Jahres mit der Werkleitung am 10.2. gehen sollen. Entscheidend für das, was am Ende bei den Verhandlungen raus kommt ist allerdings weniger ein Verhandlungsgeschick des Betriebsrates, sondern die Gegenwehr, der Widerstand der Kollegen.
KOLLEGEN von DAIMLER INFORMIEREN Nr. 386 vom 28.1.1998



Rund 3000 Beschäftigte der ABB Kraftwerke AG demonstrierten am 21. Januar im Anschluß an eine Betriebsversammlung von Mannheim-Käfertal über die Mannheimer Innenstadt zur acht Kilometer entfernten Holding an der Autobahn. Sie protestierten gegen die Kahlschlagpläne des Konzerns, der 650 Arbeitsplätze im Käfertaler ABB-Werk abbauen bzw. ausgliedern will. Die Kernpunkte sind: Alle indirekten Bereiche, wie Kantine, Wareneingang, Werksschutz sollen verkauft werden. Die komplette Kleinmechanik soll veräußert werden durch ein „Joint-Venture“, an dem ABB nur noch eine Minderheitsbeteiligung haben will. Die Ausbildung soll in eine eigene Gesellschaft ausgegliedert werden. Das Werksgelände soll zu 2/3 veräußert werden. Die ABB-Beschäftigten wurden unterstützt von Beschäftigten von Adtranz und Freudenberg, von anderen ABB-Standorten in Nürnberg und insbesondere Berlin und Nürnberg, deren Werke geschlossen werden soll. (scr)

Kanther: Es gibt nichts zum Nulltarif

Am vergangenen Dienstag (27.1.) fand die zweite Tarifverhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst statt. Erneut haben die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden kein Verhandlungsangebot unterbreitet, sondern auf ihre Positionen vom vergangenen Herbst, als es vorgezogene Gespräche über Beschäftigungssicherung gab, verwiesen.

Die Arbeitgeber „schinden“ Zeit, sie wollen offensichtlich über die Wahlen in Niedersachsen hinauskommen. Obwohl für das nächste Treffen am 10.2. ein Angebot zugesagt wurde, gehen beide Seiten davon aus, daß ein Scheitern der Verhandlungen wahrscheinlich ist.

In Berlin wird es am 9.2. zu Aktionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst kommen. Warnstreiks werden für eine mögliche weitere Runde im März vorbereitet. Die Ungeduld der Beschäftigten vor allem aus den Eigenbetrieben, auch die Unzufriedenheit mit dem ÖTV-Vorsitzenden, der ihrer Meinung nach zu entgegenkommend ist, war spürbar.

Davon, daß die öffentlichen Arbeitgeber sich allerdings recht sicher in ihrer harten Haltung fühlen, zeugen die auf dem ersten Treffen Mitte Januar gehaltenen Reden. Unverhohlen fordern sie

- die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf wieder 40 Stunden für alle,
- (Zwangs)Teilzeitarbeit ohne Lohnausgleich und ohne entsprechende Gegenleistung in Form von Kündigungsverbot,
- Einstiegstarife für Arbeitslose,
- kapazitätsorientierte Arbeitszeiten,
- Aushebelung von Schutzregelungen aus dem Arbeitszeitgesetz,
- Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- Kürzungen bei der Zusatzversorgung.

Hier Auszüge davon:

Bundesinnenminister Kanther:

„.... Es gibt keine Verkürzung der Arbeitszeit oder auch Altersteilzeit zum Nulltarif. (...) Sie wissen, daß es in dieser Verhandlungsrunde nicht nur um ihr Forderungspaket gehen kann. (...) Es ist zu kurz gedacht, wenn man durch Nicht-handeln Besitzstände wahren will. Untätigkeit gefährdet das gesamte Zusatzversorgungssystem! Und für die öffentlichen Kassen ist es letztlich nicht entscheidend, ob die Lohn- und Gehaltssumme oder die Umlage für die Zusatzversorgung steigen. Dieser Zusammenhang wird uns von jetzt an immer begleiten.“

(...) Unsere Tarifverträge müssen flexibler werden, um der besonderen Situation einzelner Arbeitgeber oder bestimmter Arbeitnehmergruppen Rechnung zu tragen. (...) Hierzu müssen tarifliche Öffnungsklauseln oder besondere

Einstiegstarife für Arbeitslose vereinbart werden.

Reduzierung der Lohnzusatzkosten auf ein vernünftiges Maß bedeutet jedoch auch, die Kosten für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zu begrenzen. (...) Hier besteht für den öffentlichen Dienst Nachholbedarf. Es ist undenkbar, daß sich der öffentliche Dienst aus dieser Entwicklung ausklammert.“

Ruschmeier, die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA):

„.... Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß immer lauter Forderungen nach einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit und der Jahresarbeitszeit gestellt werden. Immerhin beträgt die Arbeitszeit der Beamten nur noch in Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen und im Saarland 38,5 Stunden, in Westberlin und Schleswig-Holstein 39,5 Stunden, bei den übrigen Ländern 40 Stunden. (...) Wir müssen in einer Zeit knappster finanzieller Ressourcen für einen funktionsfähigen und leistungsbereiten öffentlichen Dienst sorgen. Dazu tragen die vernünftige Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Überprüfung der Jahresarbeitszeit bei. (...)

Die flexible Gestaltung der Arbeitszeit wird mit unterschiedlicher Zielrichtung als richtiger Lösungsansatz erkannt. Die einen meinen mehr Souveränität für den Mitarbeiter, die anderen wollen durch die flexible Organisation von Arbeit Nischen nutzen und unnötige Kosten vermeiden. Das letztere ist der richtige Lösungsansatz. (...) Der Arbeitsanfall muß der Maßstab für die Verteilung der Arbeit sein. (...) Ob wir Gespräche über die Einführung eines Arbeitszeitkontos erfolgreich führen, hängt sehr stark davon ab, ob auch Sie betriebsnahe Lösungen ermöglichen wollen. (...) Schließlich mahne ich zum wiederholten Male Regelungen an, die Beschränkungen aus dem Arbeitszeitgesetz überwinden helfen. (...)

(...) Die Ausfüllung der tariflichen Öffnungsklauseln in den §§ 15c BAT-O und 14c BMT-G-O hat sich im Grundsatz bewährt. Tausende Arbeitsplätze sind durch entsprechende Vereinbarungen gesichert worden. Wir wollen – wie Sie – diese Regelungen, die nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres möglich waren, dauerhaft gestalten. Wir müssen aber auch über die Konditionen reden, die für derartige Tarifverträge gelten. Ich nenne nur die Untergrenze von 32 Stunden und die Beschränkung von Kündigungsmöglichkeiten. (...)

Die schwierige finanzielle Lage besteht aber nicht nur bei Verwaltungen und Betrieben im Tarifgebiet Ost. (...) Wir fordern Sie deshalb auf, eine entsprechende Öffnungsklausel auch für das Ta-

rifgebiet West zu vereinbaren. (...)

... Wir möchten eine angemessene Lohnfortzahlung dauerhaft sichern! Wir wollen aber auch Lösungswege beschreiten, die die Tarifpartner bei Chemie und Metall und in fast allen Branchen bereits gegangen sind. Ich fordere Sie auf, durch eine zügige Lösung in dieser Frage wieder Raum für Gespräche über wichtige andere Themen zu schaffen.“

Milbradt, stv. Vorsitzender der TdL:

„.... Bekanntlich ist der öffentliche Dienst in den neuen Bundesländern personell überbesetzt. Sollen im wesentlichen Beschäftigung erhalten bleiben, so muß die vorhandene Arbeit anders verteilt werden. Ich meine damit, daß Beschäftigungssicherung u.a. durch weitreichende Teilzeitmodelle möglich ist. Für diese darf selbstverständlich kein Lohnausgleich eingefordert werden.“

Die von den Gewerkschaften angebrochene Verlängerung der Möglichkeit des § 15c BAT-O reichen allein nicht aus. Es müssen Wege gefunden werden, die Arbeitszeit in größerem Umfang bei entsprechendem Lohnverzicht zurückzufahren, wie zum Beispiel im Lehrerbereich.

Immer wieder wird deutlich, daß der Aufholprozeß im Osten noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Wirtschaftskraft in den neuen Ländern hat lange noch nicht das Niveau der alten Bundesländer erreicht. Das Ifo hat in seinem neuesten Gutachten festgestellt, daß die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland pro Kopf nur etwa die von Griechenland erreicht. (...) Da der öffentliche Dienst im Osten im Gegensatz zum Westen schon jetzt Lohnführer ist, kommt eine weitere Angleichung der Löhne erst dann in Frage, wenn die Entlohnung in der Wirtschaft wieder zu der im öffentlichen Dienst Anschluß gefunden hat. (...)

Abschließend weise ich darauf hin, daß überhöhte Forderungen dem Ruf des öffentlichen Dienstes nur schaden kann. Jeder weiß, daß die Distanz der Bevölkerung zum öffentlichen Dienst in Ostdeutschland leider noch größer ist als im Westen. Die Gewerkschaften sollten durch die Tarifpolitik mit Augenmaß dazu beitragen, daß der öffentliche Dienst sich solidarisch mit der übrigen Bevölkerung, d.h. den ostdeutschen Steuer- und Gebührenzahldern, verhält.“ har Quellen: Tarif-Info 5 und 6, schriftliche Manuskripte der Reden der Arbeitgeber



„Leistung muß sich wieder lohnen“ – für eine kräftige Lohnerhöhung

Keinen leichten Stand hatte Werner Bischoff, der neu gewählte Tarifexperte des Hauptvorstands der IG BCE, bei seinem ersten Auftritt in Ludwigshafen vor der Vertrauensleuteversammlung am 21. Januar 1998. Seine Ausführungen waren wenig überzeugend, ausweichend und unkonkret; vor allen Dingen aber standen sie im Gegensatz zu den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Versammlung.

Im Oktober letzten Jahres widersprach der Vorsitzende der IG Chemie Schmoldt energisch Klaus Zwickel (IG-Metall-Vorstand), der ein „Ende der Bescheidenheit“ gefordert hatte. Auch Lafontaine hatte sich gegen eine Fortsetzung der Lohnverzichtsstrategie ausgesprochen, weil dadurch Kaufkraft fehle. Es ist kein Geheimnis, daß die Führung der IG BCE den industriefreundlichen Schröder favorisiert. Schmoldt wies tarifpolitische Ratschläge zurück und erklärte Beschäftigungssicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch weiterhin zum tarifpolitischen Schwerpunkt der neuen Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (FR, 7.10.97) Dabei rechnen die oberen IG BCE-Funktionäre gegebenenfalls gern vor, daß eine Gewerkschaft, die für 1997 und 1998 mit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,88% abgeschlossen habe, wie die IG Metall und 1998 gar nicht im Tarifkampf stehe, sowieso das Maul zu halten habe.

Schmoldt ging dabei aber wohl das Gespür für die Stimmung an der Basis ab. Im Dezember 1997 trat der Hauptvorstand der IG BCE dann mit einer Forderungsempfehlung an die Öffentlichkeit, die in manchen Zeitungen – wohl nicht ganz zu unrecht – gleich als künftige Tarifforderung gehandelt wurde. Werner Bischoff zur Presse: „Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Erhöhung der Entgelte. Gleichermaßen geht es uns um Beschäftigung und hier vor allem um Ausbildungsplätze“ (Medieninformati on 16.12.97). Die Bandbreite für eine Erhöhung legte der HV zwischen 4 und 5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten fest. Darüber hinaus sollen „die Arbeitgeber aufgefordert werden“, ihre Ausbildungsplatzkapazität zu erhöhen. Für den Altersteilzeittarifvertrag wird eine Verlängerung von derzeit 5 auf 10 Jahre angestrebt (eine gesetzliche Regelung dazu liegt derzeit nicht vor), und die gesetzliche Altersrente soll durch eine tarifvertragliche Zusatzversorgung ergänzt werden; hier wird an eine Art Branchenfonds gedacht.

Zumindest in Ludwigshafen stößt diese Empfehlung auf keine große Resonanz.

Die BCE-Mitglieder wollen jetzt Geld sehen und fordern „keine Girlanden“ mehr. Gemeint sind damit alle sogenannten beschäftigungspolitischen Ansätze, die in den letzten Jahren Prozente kosteten und nichts brachten. Bei Supergewinnen der großen Chemiekonzerne gab es 1996 2% und 1997 1,5% Lohnerhöhung. Lauthals wird derzeit in den Versammlungen die für manche recht neue Erkenntnis (wie lange wird sie präsent bleiben?) verbreitet: Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze, das hätte man die letzten Jahre nun deutlich erfahren; diese Formel dient nur dazu, die Taschen der Arbeitgeber zu füllen, daraus müßten jetzt Konsequenzen gezogen werden.

Unvergessen ist, daß die IG Chemie seinerzeit von Juli 1996 bis Ende Februar 1997 einen für den Durchschnitt aller Chemiebetrieb zu erhaltenden Beschäftigungsstand als Absichtserklärung der des Chemiekapitals, also nur ein Arbeitsplatzabbaumotorium versprochen bekam. Dies war vollmundig von der IG-Chemie-Führung als beispielhaftes „Bündnis für Arbeit“ verkauft worden, und lief etwas korrekter in der Presse unter „Etikettenschwindel“. Punktgenau zum Auslaufen des Tarifvertrags hatte die BASF neuen Personalabbau angekündigt. Dies war von vielen Funktionären als Schlag ins Gesicht gewertet worden, zumal sie Monate zuvor mit viel Mühe und Not den kümmerlichen Abschluß rechtfertigen mußten.

So erntete Bischoffs Einleitungsreferat, in dem er das „Bündnis für Arbeit“ als richtige Konzeption lobte und eine aktive Arbeitsmarktpolitik in der aktuellen Tarifrunde annahme, eher Langeweile und Unmut. Die Mitglieder erwarteten verantwortungsbewußtes Handeln von ihrem Gewerkschaftsvorstand, und der Erwartung werde die IG BCE mit einer „offensiven Standortpolitik“ gerecht, so seine Vorstellung. Zuweilen ist die BCE-Standortlinie so offensiv, daß man nicht mehr erkennen kann, ob die Vertragsfolie aus dem BASF-Vorstand oder dem Gewerkschaftsvorstand kommt. Seine Beteuerung, daß die Erhöhung der Einkommen Priorität haben werde, hat ihm dann niemand mehr abgenommen.

Für eine Forderung von 5,5%

Die Vertrauensleuteleitung der BASF AG legte im Einvernehmen mit den VL-Leitungen der Ludwigshafener Mittelbetriebe einen Beschußantrag für eine Forderung von 5,5 % vor. Die Gewinne seien zum Abbau von Arbeitsplätzen und zum Kauf von Firmen im Ausland eingesetzt worden: Die Altersteilzeit wurde nicht

dazu genutzt, jüngere Menschen einzustellen, sondern Personal zu reduzieren, begründete der VLL-Sprecher der BASF. Auch betonte er zu Recht, Öffnungsklauseln habe man inzwischen genug, und „wir brauchen jetzt eine deutliche Lohnerhöhung.“ Die Ausbildungsvergütungen sollen um 70 DM erhöht werden. Eine Neufassung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit dürfe nur dann vereinbart werden, wenn die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen vorliegen. „Mögliche Vereinbarungen müssen meßbar und nachvollziehbar sein.“ Dieser Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Wörtlich heißt es außerdem darin: „Trotz der Tatsache, daß die lohnpolitische Zurückhaltung der vergangenen Jahre mit weiterem Beschäftigungsabbau durch die Arbeitgeber beantwortet wurde, wollen wir in Verantwortung für die Beschäftigungssicherung in den Betrieben, vor allem aber für die jungen Menschen die am Erwerbsleben teilhaben müssen, Beschäftigungsinitiativen auch in der Tarifrunde anstreben. Hierbei ist das Ausbildungsplatzangebot auf dem durch die bisherigen Tarifverträge erreichten Niveau zu halten, sowie eine weitere Steigerung von Ausbildungsmöglichkeiten in der chemischen Industrie zu schaffen, Regelungen zur Übernahme Ausgebildeter zu vereinbaren...“

Die Diskussion war so lebhaft wie schon lange nicht mehr. „Wir haben zur Unternehmensverschlankung beigetragen“ und mit Lohnverzicht die Aktionäre verwöhnt. Ein anderer: man habe mit Lohnverzicht mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen. Diese Tarifrunde solle unter dem Kanzler-Motto stehen: „Leistung muß sich wieder lohnen!“. Ein Kollege forderte unter Hinweis auf die Schere zwischen Arm und Reich eine Festgelderhöhung, was Bischoff zurückwies.

Belegschaft inzwischen verjüngt

Die mit viel Schulterklopfen begleitete Altersteilzeitvereinbarung (viel besser als die der IGM und stark nachgefragt) sei als Flächensozialplan mißbraucht worden. Einige wiesen darauf hin, daß der Bedarf nach Altersteilzeit zurückgeht, weil die Belegschaft inzwischen stark verjüngt wurde und man damit also keinen Tarifabschluß mehr großartig verkaufen kann. Der eigentliche Gedanke der Altersteilzeitvereinbarung beinhaltete die „Halbverrentung“ eines Älteren, der damit einem jüngeren Menschen Platz machen sollte. Natürlich gibt es ein Schlupfloch, mit dem Neueinstellungen

Standortvertrag sichert keine Jobs

umgangen und der sogenannte sozialverträgliche Personalabbau fortgesetzt werden konnte. Letztlich hat sich die Altersteilzeit als ein Instrument für den Strukturwandel in den Betrieben entpuppt – und so war sie schließlich auch gedacht (Schmold im Pressedienst vom 10.1.96).

IG BCE muß erst wieder Ansehen gewinnen

Es gab Appelle, die darauf abzielten, die bisherige sozialpartnerschaftliche Linie der BCE zu hinterfragen. Es müsse klargestellt werden, für wen und was wir kämpfen. Doch nicht, um sich Lob von der falschen Seite einzuhimensen. In den letzten Tarifrunden habe die IG Chemie schon weit im voraus die weiße Fahne gehisst und daher unter den Arbeitern an Ansehen verloren. Dieser Vertrauensverlust müsse nun durch eine „konsequente Politik“ – nämlich der tatsächlichen Durchsetzung von 4,5 % zurückgewonnen werden.

Vom Tarifexperten wurde Auskunft verlangt über die Mobilisierungsstrategie. Zukunftsorientierte Aussagen wurden angemahnt. Der Flächentarif müsse den Konzernstrukturen gerecht werden, um einem europaweiten Ausspielen der Standorte gegeneinander entgegenwirken zu können. Außerdem lehnten BASF-Funktionäre zentrale Verhandlungen ab; dazu dürfe der Forderungsteil nach einer gesetzlichen Zusatzrente, die von einem anderen als eine Art Investivlohn abgelehnt wurde, keineswegs genutzt werden.

Es wurde kritisiert, daß erneut in der Presse vom Vorstand Linien verkündet worden waren, ohne sich vorher mit der Basis abzusprechen.

Den Forderungen und Argumenten aus der Versammlung stellte sich Bischoff nicht. Er verlor sich im Lavieren und Allgemeinplätzen und erntete schließlich Pfiffe und Buhrufe. Mit seiner Arbeitsplatzpolitik wolle die BCE-Führung ein Beispiel für die Politik geben, gestaltend eingreifen, erläuterte er. Man riet ihm, dann lieber zum Bundestag zu kandidieren. („Unsere Spitzenfunktionäre sind staatstragender als die in der Politik.“) Die Forderung der VLL der BASF sei für die Gewinnsituation der BASF maßgeschneidert, so Bischoff. Es gebe jedoch in der Branche auch gewinnschwächere, ein seit Jahren in Ludwigshafen bemühtes Argument. Es wurde damit quittiert, daß man nun lange genug Rücksicht darauf genommen habe und eine Lohnforderung bei der BASF eigentlich mindestens bei 8 % liegen müßte.

Zum Schluß stand das Verlangen, daß es keinen Abschluß geben dürfe ohne Rücksprache mit der stärksten Gruppe innerhalb der IG BCE – und das ist der Bezirk Ludwigshafen – sowie die Aufforderung an alle anwesenden Mitglieder der Tarifkommission, entsprechend dem Mitgliederwillen und nicht dem Hauptvorstandswillen abzustimmen. Die Tarifauseinandersetzung soll in Nordrhein ausgetragen werden (Bayer Leverkusen).
ede

Rudolf Müller hatte sich viel vorgenommen. Der brave Gesamtbetriebsrat von Opel wollte vor drei Wochen mit dem Vorstand die letzten Details eines Standortsicherungsvertrags ausarbeiten. Der bringt Opel Einsparungen von etwa 300 Millionen Mark und sichert angeblich die Zukunft der deutschen Werke für die nächsten vier Jahre.

Doch schon auf dem Weg ins Betriebsratsbüro erwischte den gutgläubigen Belegschaftsvertreter heftiges Störfeuer: Auf der Detroit Motor Show erzählten General-Motors-Manager, so hieß es im Radio, daß in Europa bis zu 30 000 der 90 000 Arbeitsplätze eingespart werden müßten. Die Meldung wirkte wie ein Schock. Die Belegschaft war verunsichert, Manager versuchten, in hektischen Telefonaten Näheres über die Horrornachrichten zu erfahren. Es ist nicht meine Zahl, dementierte GM-Chef Jack Smith den angeblich geplanten Stellenabbau. Ich weiß nicht, woher das gekommen ist. Smith müßte es wissen. Die Zahlen hatte das Wall Street Journal von dem Smith-Vertrauten und Chef der internationalen GM-Operationen, Louis Hughes, erfahren.

In der Top-Etage des weltweit größten Industriekonzerns regiert offenbar das Chaos. Und für viele europäische GM-Manager hat es auch einen Namen: Louis Hughes. Der GM-Manager steuert die europäischen Töchter auf einem gefährlichen Zickzackkurs. Einerseits soll Opel die Renommiermarke des Konzerns sein, mit der General Motors Märkte in Lateinamerika, Osteuropa und Asien erobern will. Andererseits verordnete Hughes Opel ein Sparprogramm, mit dem die Rüsselsheimer den Ruf der Marke beschädigen könnten: Die Qualitätsprobleme häufen sich, neue Modelle wie der Astra kommen mit Verspätung. Opel-Chef Herman warnte Hughes vor den drohenden Folgen. Der ließ sich, als der Widerstand des gesamten europäischen Managements im vorigen Jahr zu stark wurde, kurzfristig zu Korrekturen überreden. Wir werden nicht zufrieden sein, sagte Hughes, bis wir in der Industrie zu den Qualitätsführern zählen.

Auf Kritik seiner europäischen Führungskräfte reagiert Hughes inzwischen nur noch mit Härte. Als seinen schärfsten Widersacher hat er Opel-Chef Herman ausgemacht. Ihn wollte er schon Mitte vorigen Jahres ablösen. Doch dies hätte kurz vor der Internationalen Automobil-Ausstellung und der Einführung des neuen Astra zu einem Eklat geführt.

Herman hat deshalb noch eine Gnadenfrist bis zum Frühling, dann wird er von Gary Cowger abgelöst, der bisher das mexikanische GM-Geschäft steuerte. Seit Anfang des Jahres ist der Amerikaner als europäischer Produktionschef für die 14 Werke des Konzerns von Finnland

bis Portugal verantwortlich. Den Posten des Vorstandsvorsitzenden bei Opel soll der Manager, für den der europäische Markt völlig neu ist, als eine Art Teilzeitjob erledigen. Diese Personalie löste bei europäischen GM-Managern Unverständnis aus. Das ist, sagt ein Opel-Mann, die schlimmste Personalentscheidung, seit Kaiser Caligula sein Pferd zum Konstern ernannt hat.

Verlieren die traditionellen Opelner den Poker, dann droht der Marke der Abstieg ins Mittelmaß – und ein weiterer Verlust von Marktanteilen. Branchenanalyst Marketing Systems prognostiziert, daß die Opelproduktion in den nächsten zwei Jahren bei etwas mehr als einer Million Autos stagnieren wird – zu wenig, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern.

Herman zeigte den GM-Managern noch kurz vor seinem Abgang, wie wertvoll seine Arbeit für Opel ist. Trotz der Horrormeldung aus Detroit gelang es ihm vor drei Wochen, den Standortsicherungsvertrag (STOV) mit dem Betriebsrat bis zur Unterschriftenreife auszuhandeln. Die Belegschaft ist demnach zu flexiblerem Arbeitseinsatz verpflichtet, die Maschinenlaufzeiten können verlängert, Überstundenzuschläge eingespart werden. Im Gegenzug will Opel auf Entlassungen verzichten. Auch die Zukunft des Stammwerks Rüsselsheim wird vertraglich gesichert. GM hatte die Verlagerung der Produktion des nächsten Omega in ein anderes europäisches Werk bereits geprüft. Doch der Standortsicherungsvertrag garantiert: Die nächsten Versionen von Vectra und Omega werden weiterhin in Rüsselsheim von den Bändern rollen.

Die „Standortgruppe“ in Bochum war eine der wenigen Betriebsratsgruppen, die ernsthafte Kritik an dem Papier äußerten; die Gruppe setzt sich für eine internationale Solidarität der Opel-Standorte ein. Das Ergebnis ihrer Analyse des Vertrags: „Beschäftigungssicherung steht zwar drüber, aber nicht drin.“ Der Vertrag verlangt nämlich unter Punkt B ein klares „Ja“ zu „Personalanpassungsmaßnahmen“ sowie zur Erfüllung des „aktuellen Businessplans“. Und das heißt: In Bochum wird es in vier Jahren nur noch 11 960 Beschäftigte geben, teilte Opel dem Betriebsrat Anfang Dezember 1997 mit. Derzeit sind es rund 15 000. Trotzdem votierte die Belegschaft am 19.1. mit einer Mehrheit von 70 Prozent für die Annahme des Vertrags.

Unterdessen feiern sich Management wie Betriebsrat der Adam Opel AG als Sieger. Die Firmenspitze kann der Konzernzentrale der Muttergesellschaft General Motors (GM) in Detroit jetzt zufrieden melden, daß weiter strikt rationalisiert wird.

*Christoph Ruhkamp, LB Köln u. Essen
gekürzt*

Parteibildung, Wahlkampf, Parteiaufbau

Die herausragende politische Bedeutung der Wahlen dieses Jahres ist schwer zu bestreiten. Obwohl Wahlergebnisse nicht alles entscheiden, können die Abstimmungsergebnisse dazu führen, daß sich im Zentrum des neuen Europas ein rechter, nationalistischer, fetter deutscher Bürgerblock etabliert, vielleicht sogar von rechtsextremen, faschistischen Hilfstruppen flankiert. Die Wahlberechtigten haben auf dieses Entwicklung nur einen begrenzten Einfluß, so bietet die Zustimmung der SPD in Sachen Lauschangriff den jüngsten Beleg ihrer Bereitschaft, in eine große Koalition unter Führung der Rechten einzutreten. Auch das wäre dann Folge eines Sieges der Rechten im Kampf um die öffentliche Meinung. Aber es besteht auch die Chance einer Linksverschiebung der öffentlichen Meinung, die, wenn sie weit genug reicht, die Fortsetzung der Regierung der Rechten delegitimieren würde.

Die Kritik der herrschenden, um sie mit richtigen Namen zu nennen: imperialistischen Zustände, das Sammeln von Mehrheiten für politische Alternativen, die Entwicklung politischer Organisationen, die Teilnahme am politischen Kampf ermöglichen, sind etwas je Verschiedenes. Im Diskussionszusammenhang des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften sind wir jedoch darauf gestoßen, daß es sich durchaus lohnen könnte, jene Problemkreise von Parteibildung, Wahlkampf und Parteiaufbau in ihren Überschneidungen und ihrem Zusammenhang zu betrachten. Dies ist besonders dringlich, weil sich in den Parteien der Linken, und da besonders eindringlich in und bei der PDS, neue Konfigurationen bilden; es lohnt sich, über Vorgänge, denen man ausgesetzt ist, nachzudenken. Der folgende Bericht stellt Argumente dar, die in diesem Diskussionsprozeß eine Rolle spielen. Wir hoffen, beim Märtentreffen des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften die angeschnittenen Fragen über unseren Kreis hinaus mit Gästen diskutieren zu können.

Sozialer Raum und Milieus

Die Lager sind heterogen. In ihnen wirken unterschiedliche Parteien, und die Wählerschaft dieser Parteien befindet sich in unterschiedlicher wirtschaftlicher Lage, folgt unterschiedlichen kulturellen und politischen Traditionen. Welchen Tatbestand trifft da noch, wer Begriffe wie „links/rechts“, „oben/unten“ oder gar „Lager“ ansetzt?

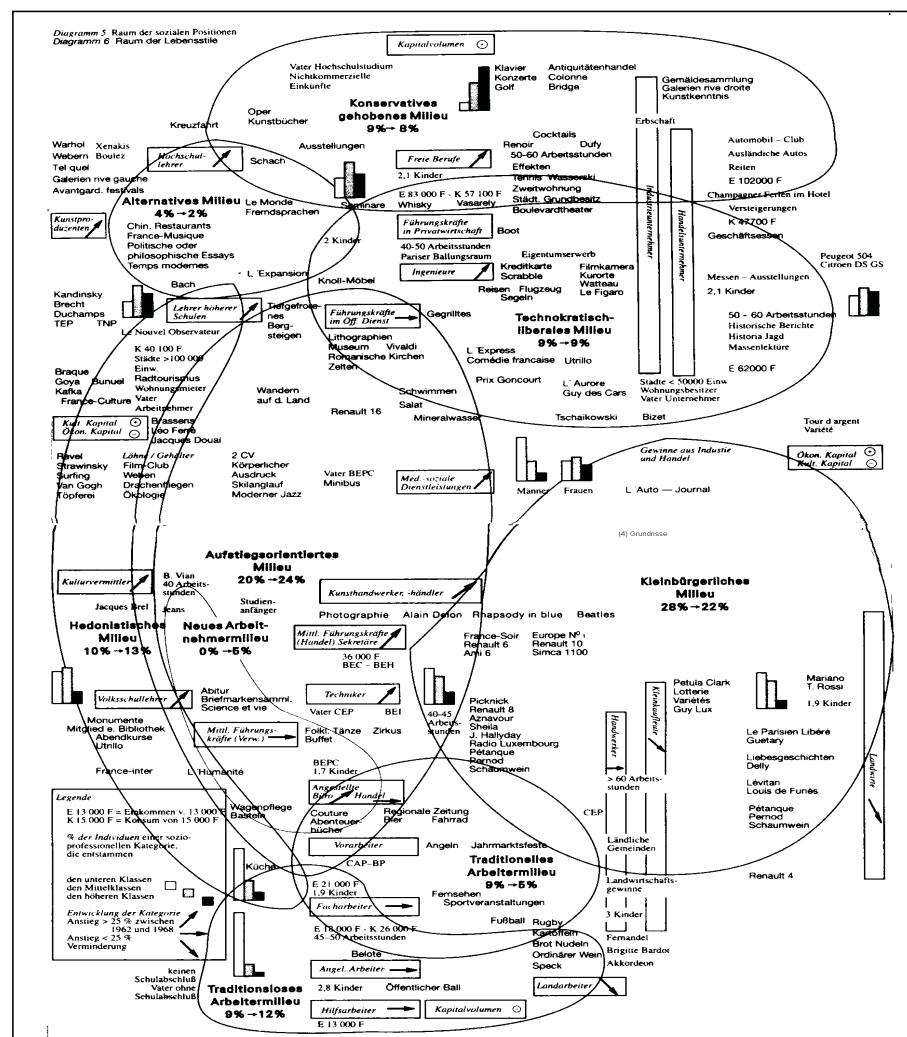
Der „soziale Raum“ ist eine äußerst nützliche gedankliche Konstruktion, die den inneren Zusammenhang von sozialen Unterschieden sichtbar macht, die alle am gesellschaftlichen Leben Beteiligten andauernd wahrnehmen. Der franzö-

sische Soziologe Pierre Bourdieu, dessen Arbeiten zu dieser Konstruktion führten, geht davon aus, daß die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen auf der Kapitalausstattung beruhen, die sie ererbt oder erworben haben. Das „Oben“ und „Unten“ im sozialen Raum wird danach durch den Umfang der Kapitalausstattung der einzelnen Person bestimmt. Faßt man jedoch unter Kapital nur die Wirtschaftsgüter im engen Sinn, finden sich bei Personen mit ähnlicher Kapitalausstattung sehr unterschiedliche Formen der Lebensführung. Bourdieu hat nun die Ansicht vertreten (und empirisch untermauert), daß die Kulturgüter, die nützlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, ja sogar die Fertigkeit, nützliche Kenntnisse zu erwerben, selbst als Kapital begriffen werden sollten. Sie seien Ergebnis von Arbeitsprozessen, akkumulierte Zeit, Erziehungsarbeit der Familie am Nachwuchs und der Arbeit der Nachwachsen den an sich selbst. Bourdieu legt den größten Wert auf die Erziehungsarbeit der Familie, sie z.B. ermöglicht dem Nachwuchs im günstigen Falle, das öffentliche Bildungsangebot optimal aus-

zunutzen, während im ungünstigen Falle nicht nur die Ausnutzung dieser Angebote mehr Zeit braucht, sondern zusätzlich Zeit benötigt wird, um unpassende oder unangepaßte Verhaltensweisen abzugewöhnen. Es liegt auf der Hand, daß diese Prozesse mit der materiellen Begüterung der Betroffenen unzertrennlich verbunden sind, aber sie sind mit ihr keineswegs identisch.

So wie Akkumulation des Kapitals auf Verwandlung lebendiger Arbeit in Eigentum beruht, so auch das akkumulierte Arbeitsvermögen.¹

Diese Auffassung ermöglicht die Konstruktion des sozialen Raumes. Der Ort, den die einzelnen Personen zwischen den auf der X-Achse und der Y-Achse ausgespannten Begriffen einnehmen, ist nach oben/unten bestimmt durch die Summe des kulturellen und des wirtschaftlichen Kapitals, das sie als Personen repräsentieren, nach rechts/links wird dieser Ort bestimmt durch die Zusammensetzung des Kapitals. Je schwerer im dem von der Person repräsentierten Gesamtkapital die Komponente „kulturelles Kapital“ wiegt, um so weiter wird die Person links



verortet, je mehr das ökonomische Kapital, um so weiter rechts. Zu den Eigenschaften dieser Skala gehört, daß jemand, der beliebig viel gelernt, aber nichts geerbt und keine Kinderstube hat, auch nicht ganz hinauf kommt, während jemand, der viel geerbt und eine gute Kinderstube hat, nicht nach unten gerät.²

Auf dem zwischen den oben genannten Begriffen ausgespannten Feld werden die Milieus, d.h. Personengruppen, die sich durch Gleichartigkeit im Lebensstil, im Habitus, im sozialen Leben finden, als Cluster, d.h. als verdichtete Teirläume sichtbar. Ein glänzender Beweis für die Brauchbarkeit dieser Konstruktion ist zu Beginn der 90er Jahre einer Forschungsgruppe in Hannover gelungen, die zeigen konnte, daß die sogenannten „Sinus-Milieus“ sich in diesem Raum tatsächlich als Teirläume abbilden. Die Sinus-Milieus sind ein Resultat der Markt- und Wahlforschung. Sie beruhen auf Umfragen, die aus gleichen oder ähnlichen Verhaltensmustern in den Fällen A,B,C,D ... auf ein gleiches oder ähnliches Verhalten im Falle X schließen. Die Methodik hat ihrer allseits bekannte Bewährungsprobe bei den Wahlhochrechnungen bestanden.

Milieu/Habitus – Alternativen zum Klassenbegriff?

Es wird in der Diskussion oft vertreten, daß die Konstruktion des sozialen Raumes der marxistischen Analyse der Gesellschaft als Klassengesellschaft widerspreche. Dazu soll angemerkt sein, daß die Ordinaten dieses Raum, lebendige und tote Arbeit, Unterscheidung der lebendigen Arbeit nach zusammengefügter und einfacher Arbeit, sich a) der marxistischen Analyse verdanken und b) als allgemeine Definition, nach der jedes Leben geortet werden kann, nur angewandt werden können, weil die genannten Gegensätze in der Gesellschaft total geworden sind, d.h. daß sich nichts Soziales außer ihrem Wirken abspielen kann.

Neu und eine bessere Erklärung eines bereits von Marx empfundenen Problems ist allerdings die Entdeckung des Übertragungssystems der Kulturgüter und ihres inneren Zusammenhangs im Habitus. Marx bemerkte in der Einleitung zu den *Grundrisse der politischen Ökonomie*, daß die Ausdrucksformen der Kunst mit den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie vorkämen, unzertrennlich zusammenhingen. „*Die Schwierigkeit liegt nicht darin, zu verstehen, daß griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Bedingungen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, daß sie uns heute noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten.*“³

Marx zieht dann eine Parallele zu der Freude, die Erwachsene angesichts kindlicher Naivität haben können. Aber damit ist das Problem nur auf einen anderen Fall verschoben. Die Analyse des Ha-

bitus ermöglicht dem Nachdenken den Zugang zu Fragen, wieso zum Beispiel wir überhaupt etwas verstehen, wen wir einen dreisten Chef oder einen Lehrer oder einen militärischen Vorgesetzten als kleinen Despoten bezeichnen, obwohl die Gesellschaften, die die alten Griechen Despotien benannten, schon lange nicht mehr bestehen. Es ist die Stilähnlichkeit. Zwischen „Ich ordne es an, Sie führen es aus“, „Ich rede, Sie hören“, „Ich befehle, Sie gehorchen“ besteht Stilähnlichkeit. Das mit der Despotie verbundene Vorstellungsbild des Sich-Krümmens-im-Staube, des Zertretens des Unbotmäßigen wird wach, weil hier in einer sozialen Beziehung mit zwei Polen die herrschende Seite ihren Herrschaftsanspruch absolut setzt. Stilähnlichkeit im Verhalten bleibt erkennbar, auch wenn der Eingriff der Herrschaft ins unterdrückte Leben sehr unterschiedlich weit (Kündigen oder Köpfen) reicht.

Die Möglichkeit, Schemata zur Bestimmung nicht identischer, aber ähnlicher Situationen durch Erziehung und Bildung zu übertragen, wirft Licht auf die Wirksamkeit von Familie. Das Vorhandensein solcher Schemata in einer gesicherten Tradition beruht auf akkumulierter Lebenszeit, ist materieller Reichtum, ja Luxus, ohne sich in Wirtschaftsgüter abbilden zu müssen; auskömmliches Leben, Reichtum im herkömmlichen Sinne sind zwar Voraussetzung des Geschehens, machen es aber nicht aus. Hier liegt ein Hinweis auf Gründe der inneren, instinktiven Bindung z.B. des Bildungsbürgertums an den Konservatismus.

Sozialer Raum, polarisierte öffentliche Meinung und stilisiertes Leben

Daß zwischen den Verortungsprozessen im sozialen Raum und den politischen Lagern, die sich z.B. bei Wahlen sichtbar machen, ein Zusammenhang besteht, ist empirisch durch den Zusammenhang zwischen Milieu und Wahlentscheidung bewiesen. Die soziale Basis der politischen Lager ließe sich durch eine Diagonale, von links/oben nach rechts/unten gezogen darstellen. Ebenfalls ist eine Rückführung solcher Lager auf Widersprüche, die sich aus der marxistischen Analyse ergeben, möglich. Auf der Linken überwiegen die Momente der lebendigen Arbeit in all ihren Graden von Zusammensetzung und ihrer Verschiedenheit im Organismus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, auf der Rechten überwiegen die Momente der toten Arbeit, also des Eigentums. Beide Lager sind durch den gesellschaftlich als Ausbeutung organisierten Arbeitsprozeß als dessen Benachteiligte oder Begünstigte verbunden. Die politische Linke wäre danach dadurch gekennzeichnet, daß sie die Nachordnung der lebendigen Arbeit hinter das Eigentum bekämpft, während die Rechte den Führungsanspruch des Eigentums und der Tradition behauptet. Die besonderen Übertragungsmechanismen des kulturellen Kapitals bewirken,

dass die aktuellen gesellschaftlichen Beziehungen nicht trägeheitslos zu politischen oder weltanschaulichen Lagerbildungen führen. Hergekommene Tradition und neue Anforderung passen nie vollständig zusammen, sie biegen sich in einem ununterbrochenen Prozeß von Herannahme und Abstoßung aufeinander hin, wobei die Veränderungen des kapitalistischen Arbeitsprozesses das auslösende, drängende Moment sind.

In der Nachkriegs-BRD ließ sich die Beobachtung machen, daß die Herausbildung von Parteilagern in der öffentlichen Meinung nur zum allerwenigsten ein Produkt der Parteiwerbung gewesen ist. Viel eher schon gingen den Verschiebungen in der öffentlichen Meinung Änderungen in der Struktur des sozialen Raums voraus. So entstand die Partei der Grünen z.B. erst, nachdem sich die Proportionen von einfacher und zusammengefasster Arbeit bereits in gesellschaftlichem Maßstab verschoben hatten. Die Vorstellung, daß Parteien in ihrer Meinungsbildung gesellschaftliche Prozesse vorwegnehmen, ist für die heutige Gesellschaft beinahe lächerlich, schon das Wort „Parteimeinung“ schmeckt nach Abgestandenem. Kaum jemand denkt noch, daß die Partei immer recht habe, eher gilt die umgekehrte Annahme (eine Verschiebung der öffentlichen Meinung, die eher schon eine der Ursachen des Untergangs der entsprechenden Parteien gewesen sein wird als etwa die Folge).

Ein Blick auf die Vorwende-BRD als „sozialen Raum“ zeigt, daß in zwei großen Bezügen, dem ausgebildeten Arbeitsvermögen und dem aufgehäuften Eigentum, die möglichen Praktiken des Lebens- und Überlebens immer auf einer Zusammensetzung aus beiden Faktoren beruhen, und gleichzeitig, daß die praktisch möglichen und im Sinne von Überlebenstrategie nützlichen Kombinationen dieser Faktoren wechseln. Die Ausprägung jeder Art Lebensstil, jeder Überlebensstrategie muß beide wesentlichen Strukturelemente des gesamten sozialen Raumes in den Blick nehmen. So können die Menschen in der modernen Gesellschaft sich ihren Stand(ort) im sozialen Raum gar nicht mehr von Traditionen, Lehrmeinungen, Kirchen, Parteien etc. sagen lassen, sondern müssen ihn selbst bestimmen, aus den Traditionen, die sie haben, und den Anforderungen, auf die sie stoßen, zusammenbasteln. Von Selbstbestimmung nach landläufigen Vorstellungen ist dieser Prozeß weit weg, denn die Anforderung, auf die hin diese harte, ununterbrochene Arbeit an sich selbst verrichtet wird, ist fremde Anforderung, auf die Formulierung dieser Anforderung haben die Betroffenen so gut wie gar keinen Einfluß, sie ist vielmehr durch die Struktur des Arbeitsmarktes bzw. die Organisation des Arbeitsprozesses vorgegeben.

Die Behauptung, der Erwerb und die Verteidigung eines Standortes im sozialen Raum ist Sache vergesellschafteter Personen, der nach wie vor hauptsächlich

durch die Familie verbundenen Geschlechter und Generationen. Die Übertragung von Praktiken, die bestimmten Formen der Daseinsbewältigung nützen, ist, wie Bourdieu bemerkte, die vielleicht am besten verborgene Übertragung von Kapital. In der Familie müssen die Zeit, die freien Mittel und die tradierten Kulturtechniken vorhanden sein, um eine Vorbildung zu erzeugen, die auf die Anforderungsstruktur der Gesellschaft optimal einstellt. Und ein Optimum muß erreicht werden, das bewirkt schon die allgegenwärtige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Das Produkt des Prozesses kann nur funktionieren wie gewünscht, nur laufen wie geschmiert, wenn die Bildungsgüter, Beurteilungsschemata wie Verhaltenweisen, die das kulturelle Kapital der betreffenden Person ausmachen, zusammenpassen. Da das Produkt in der Gesellung der Geschlechter und im Übergang der Generation entstehen muß, genügt es nicht, daß die einzelne Person ihr Leben stilisiert, Geschlechter und Generationen müssen sich aufeinander abgestimmt verhalten. Sie müssen, wie es heißt, zusammenpassen, und ihr Zusammenpassen muß sich in gleichartigen Praktiken, Vorlieben usw. ausdrücken.⁴

Die Übertragungs- und Bildungsprozesse, die den Überlebenserfolg bestimmen, verlaufen in eigener Regie, lebendige Mensch kontrollieren sich selbst. Die Gesellschaft erscheint als Summe äußerer Bedingungen dieser selbst bestimmten Prozesse. Das Spannungsfeld ökonomisches Kapital +/- wird als Spannung zwischen arm und reich wahrgenommen. Das Spannungsfeld kulturelles Kapital +/- wird als Spannung zwischen vorgesetzten/untergeben wahrgenommen. Die Macht der äußeren Bedingungen ist allen Beteiligten jederzeit klar, sie wissen z.B. sehr gut, daß sie „nicht reich“ sind, wenn sie es nicht sind, usw. Die Sicht auf die gesellschaftlichen Bedingungen als äußere Bedingungen einer selbstbestimmten Überlebenstrategie eröffnet spezifische Perspektiven. Politische, d.h. auf Änderung der äußeren Bedingungen zielende Meinungen bilden daher ein Feld, das im sozialen Raum zwischen Spannungen zwischen links/unten und rechts/oben sorgt.

Milieu und Partei

Der Parteibildungsprozeß, verstanden als Polarisierungsprozeß in der öffentlichen Meinung zwischen Herrschaft und Emanzipation, zwischen Tradition und Reform, kurz zwischen links und rechts, besteht in einer Fülle von Meinungen, die sich in durchrationalisierten Milieus gebildet haben. Die Milieus sind einem tagtäglichen Zwang zur Neustrukturierung ausgesetzt. Die Gewohnheiten, die ihr Erscheinungsbild prägen, sind ökonomisch kalkulierte soziale Praxis. Der Wettbewerbsdruck, der auf dieser Praxis lastet, ist gewaltig. Die Milieus reagieren seismographisch auf jede Änderung ihrer Reproduktionsbedingungen. Das außer-

ordentlich ausprägte Wahrnehmungsvermögen für die Wirkung äußerer Änderungen darf nicht verwechselt werden mit der Fähigkeit, für die eigenen Reproduktionsprozesse vorteilhafte Änderungen anzumelden oder durchzusetzen, ebensowenig umgekehrt. Kritik des Publikums an „den Politikern“, die wie die sprichwörtlichen Elefanten im Porzellanladen trampeln, Gegenkritik der Politiker an den Leuten, die nicht sehen, was gut für sie ist, hier ist alles geboten.

Der Ausgangspunkt des Urteils ist die Prüfung der Wirkung geänderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen im eigenen Lebensbereich. Diese Prüfung gibt sinnvolle Ergebnisse, weil in den Milieus der modernen Gesellschaft sämtliche Komponenten, die für die Bestimmung des Standorts im sozialen Raum ausschlaggebend sind, wenigstens in rudimentärer Form vorkommen, d.h. daß für die Beurteilung jedes öffentlichen Vorgangs aus dem eigenen Anschauungskreis Beispiele genommen werden können. Es soll hier nicht im geringsten behauptet werden, daß Meinungsbildung sich in derartigen Prozessen erschöpfen kann, es wird lediglich behauptet, daß Parteien, Kirchen, Lehreinrichtungen, dogmatische Anstalten aller Art in der heutigen Gesellschaft nicht von einer sinnstiftenden Aufgabe ausgehen müssen. Wenn sie prüfen, machen sie sich lächerlich und bestehen die Prüfung, der sie in Wahrheit unterzogen werden, nicht. Der feste Boden der gesellschaftlichen Urteilstkraft ist die Prüfung der Rahmenbedingungen und der vorgefundenen Ansichten, Kritiken usw. am eigenen Lebensort. Das Wirken von Parteien, Kirchen, dogmatischen Bindungen aller Art tritt in diesem Prozeß der gesellschaftlichen Meinungsbildung keineswegs als Stifter oder Anstifter auf, sondern eher schon als Beihelfer.

Die sozialistischen und Arbeiterparteien, die Ausgangs des 19ten Jahrhunderts entstanden und so großen Einfluß auf die Geschichte des 20ten hatten, waren in einen Prozeß des sozialen Wandels eingebettet, dem sie assistierten, ja, den sie wahrscheinlich sogar mit auslösten. Die Kultivierung einer Industriearbeiterschaft aus einer ländlich, kleinstädtisch handwerklichen Bevölkerung ist z.B. ohne die Sozialdemokratie kaum vorstellbar. Die sozialistischen oder kommunistischen Parteien traten in solchen Prozessen als sinnstiftende Kräfte auf, weil die Menschen, um die es ging, in dem Lebensumkreis, aus dem sie heraustraten, die Komponenten des neuen Kreises, in den sie hineintraten, großteils nicht angetroffen hatten. Sie bedurften der Führung, der Sinnstiftung, und sie suchten diese. Zwischen etwas wie dem deutschen Facharbeitermilieu und etwas wie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestand eine symbiotische Beziehung, in der das eine ohne das andere wohl nicht zu denken war. Parteididologie, d.i. der ganze angesammelte

Vorrat gängiger kultureller Praktiken, von Theorien und deren Kritiken, und die Parteiziele, d.i. die ausgedachten Anforderungen an die gesetzlich, politisch fixierten Rahmenbedingungen, stilisierten das Milieu. Aber mit der Zeit, dem Wechsel der Generationen und der dabei gewonnenen eigenen Erfahrung wird der sinnstiftende Anspruch der Partei störend, eine lästige Einrede. Das Milieu tritt in der öffentlichen Meinung erst neben und dann vor die Partei. Ganz ähnliche Prozesse durchleben die Kirchen, Ge-werkschaften.

An der modernen Industriegesellschaft ist die Herausbildung von Milieus nicht neu. Herr und Sklave, Adliger und Leibeigener, an scharfen Grenzen ist auch in früheren Gesellschaften kein Mangel. Eine gewisse Neuheit ist aber, daß sich die modernen Milieus alle in den gleichen Bezügen (des Anteils an den Wirtschaftsgütern und des zum Arbeitsvermögen ausgebildeten Anteils an den Kulturgütern) darstellen lassen. Die Orientierung des Milieus auf dieselben Bezüge, wenn auch mit unterschiedlichem, ja entgegengesetztem Interesse, schafft eine eigentümliche Beziehung zwischen den Gesinnungsverbänden und den Milieus. Die politischen Gesinnungsverbände, im großen und ganzen also die Parteien, versuchen, zwischen den Lebensbedürfnissen, die sich aus dem Standort im sozialen Raum ergeben, Anforderungen an die Rahmenbedingungen zu formulieren.

Die Parteien, die durch die öffentliche Meinung der Linken zugeordnet werden (und da ist immer ein „eher“ oder „mehr oder weniger“ gegeben), sind nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß die von ihnen vertretene Politik den Entfaltungsraum auf Arbeit gestützter Lebensplanung erweitern will, sondern auch dadurch, daß daraus irgendeine Art von Kritik an Eigentum und Herrschaft folgt. Weil die Regeln der Kapitalverwertung eine Polarisierung der Verteilung des Eigentums besorgen und die gesellschaftliche Verfügungsgewalt der Eigentümer über die Arbeitenden steigern, kommt linke Politik nie mit der Verfeinerung und Ökonomisierung des Status quo aus, sondern muß auf Änderung vertraglicher oder gesetzlicher Rahmenbedingungen aus sein.

Es leuchtet unmittelbar ein, daß aus einer sehr ähnlichen Ansicht oder sogar Kritik von Reproduktionsbedingungen sehr verschiedene Auffassungen über zweckmäßiger neue gefolgert werden können. Die linken Parteien, die notwendig wollen müssen, was noch nicht ist, betreten in ihrer Willensbildung den schwankenden Boden der Zukunft. Selbst wenn sonst nichts störte, wäre wohl klar, daß mit Streit und Auseinandersetzungen rechnen muß, wer bloß in die Nähe von linken Parteien kommt, und auch, wie hilflos der Wunsch der Linken nach „Einheit“ ist.

Lagerbildung bei Wahlen

Die Meinung, die sich bei den Menschen, die sich durchs Leben schlagen, über die Rahmenbedingungen bildet, kann die Lust hervortreiben, jene in den Blick geratenen gesellschaftlichen Bedingungen zu beeinflussen. Die Rahmenbedingungen treten hier als zunächst zusammenhanglose Einzelheiten auf. Die öffentliche Meinung bildet sich in der Auseinandersetzung der Personen mit der Wirkung solcher Einzelheiten auf die eigenen, konkreten Lebensumstände. Aber nur ein Teil dieser Lebensumstände, je nach dem Zustand der Gesellschaft ein unterschiedlich bedeutsamer, stellt sich als vorgefundene Bedingung dar. Nur ein Teil dieser vorgefundenen Bedingungen ist durch das staatliche Handeln vorgegeben. Die Parteilager, die sich anlässlich von Wahlen bilden, bilden sich aus Ansichten, die in Anschauung der Wirkungen von Gesetzen und staatlichem Handeln auf eine in eigener Regie vollbrachte Reproduktion entstehen. Jedes Gesetz und jede Maßnahme wird von den Akteuren im sozialen Raum, die sämtlich unter Erfolgs- und das ist Rationalisierungsdruck stehen, daraufhin beurteilt, ob es ihre Lebens- und Überlebensstrategie begünstigt oder benachteiligt. Der wirkende Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital macht aus, daß Gesetze und Regierungshandeln nur in seltenen, vorübergehenden Ausnahmefällen sowohl die mehr auf die Arbeit wie auch die mehr auf das Eigentum gestützten Reproduktionsstrategien begünstigen. Meistens werden die Gegensätze spürbar. Da aber jede konkrete Reproduktionsstrategie die personalen Momente des Lebens in der Form von Arbeit und die materiellen Momente in der Form des Eigentums vorfindet, entsteht ein weiter Bogen möglicher Beurteilungen. Dazu kommt, daß die Auswirkungen einer Politik auf das Reproduktionsgeschehen im Vorhinein nicht leicht zu beurteilen sind. Hier walten Annahmen, Spekulationen, Hoffnungen, Irrtum und Betrug. Dies alles macht aus, daß die Bindung der Personen an ihr eigenes Urteil schwach ist. Die schwache Bindung der Personen an das links/rechts Schema steht allerdings in krassem Gegensatz zu der Leichtigkeit, mit der eine Regierungsmeinheit, eine Politik, eine Maßnahme als „links“ oder „rechts“ eingordnet wird. Was die wesentlich aufs Eigentum und Aneignung fremder Arbeit gestützte Reproduktion begünstigt, gilt als rechts, was den Zugang der wesentlich auf die Arbeitsleistung gestützten Reproduktionsstrategien zu den gesellschaftlichen Reichtümern öffnet, gilt als links.

Obwohl im sozialen Raum die Begriffe „links“ und „rechts“ keinen absolut sicheren Ort haben und es mithin nicht jemanden gibt, der sein Leben ganz unter das Organisationsprinzip des Eigentums und der Herrschaft (rechts) oder das der schieren Arbeit und dem Emanzipationsstreben (links) stellen könnte, besteht der

Maßstab im gesellschaftlichen Bewußtsein. Die öffentliche Gewalt setzt also nicht den Maßstab, sondern sie wird in der öffentlichen Meinung gemessen.

Moderne linke Politik, moderne linke Partei

Wahrscheinlich weil alle Lebensstile der modernen Gesellschaft den gleichen Organisationsprinzipien in ihrem Funktionieren unterworfen sind, besteht eine öffentliche Meinung, die über alle Stilunterschiede hinweg sämtliche am sozialen Prozeß Beteiligten verbindet. Gerade weil sie diese Verbindung leistet, blendet sie eine Vielzahl von Gegenständen aus. Sie verteidigt beinahe eifersüchtig ihr Nicht-Wissen-Wollen von Gegenständen, die im je selbst durchlebten Schicksal nicht vorkommen. Sie wird von jenen Ansichten, Einsichten usw. gebildet und aufrechterhalten, die sich in allen Reproduktionsprozessen irgendwie brauchen lassen, von den sozialen Akteuren angenommen werden können, weil ihnen bei der Organisation ihres Erfolges, d.h. auch ihres Überlebens, nützen. Es ist also nicht leicht, etwas zu Ohren der öffentlichen Meinung zu bringen. Sie ist Meisterin in der Kunst des selektiven Hörens. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem allgemeinen Wahlrecht setzt die öffentliche Meinung in eine Beziehung zur politischen Macht. Durch sie, die sich in den Wahlen niederschlägt, wird die politische Macht „auf Zeit übertragen“. Eine Ansicht über gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die in der öffentlichen Meinung durchdringt, kann vermittelt durch das System der Wahlen zu einer Änderung dieser Bedingungen führen.

In diesem Prozeß sind Parteien keineswegs notwendig mitzudenken. Viel wichtiger erscheint hier „Einfluß in der Presse“, „Prominenz“, „Ansehen als Fachmensch“, „Ausstrahlung“, d.h. stilisierte Darstellung der optimierten Lebensart eines Milieus oder Standes, „Authentizität“, d.h. glaubhafte Bezeugung des vorgetragenen Anliegens aus eigener Erfahrung oder Nachforschung, all dies und anderes mehr sind Methoden der Einwirkung auf die öffentliche Meinung. Sie sind alle ohne die Parteien denkbar, vielmehr sind die Parteien selbst, vermittelt durch die öffentliche Meinung, Objekte ihres Einwirkens. Die Verbindung zwischen dem subjektiven Wollen der einzelnen Beteiligten und den losen Gruppierungen, die dem Vorantrieb des konkreten Anliegens organisatorisch dienen, ist sehr viel direkter. Es ist anzusehen, dass für viele politisch Tätige eine ernste Frage, ob Parteien heute überhaupt noch nützlich sind. Die Antwort: Sie sind aber da! fordert bloß die Gegenantwort heraus: Aber vielleicht nicht mehr lange! Also:

Wozu Parteien? Wozu linke Parteien?

Zur Bildung des eigenen Urteils. Auch heute noch leisten im gesellschaftlichen Leben der BRD Parteien Orientierungs-

hilfe und schließen dem Nachdenken Wege zur gesellschaftlichen Erfahrung auf. Eine Partei wie die CSU z.B. bietet den Führungskräften der Gesellschaft eine Art Testfeld, auf dem sie sehen, womit sie im Volke durchkommen. Umgekehrt hat das CSU-Mitglied einen Weg, seine Anliegen in das Ohr der Mächtigen zu blasen. Die moderne Partei, v.a. die regierungsfähige und -beteiligte, leistet also die prüfende Vorwegnahme der Normensetzung. Die Programmatik der Parteien stellt dabei sicher, daß in diesem Prüfungsverfahren nicht beliebige Gegenstände zur Debatte stehen, sondern solche, die im Lebenszusammenhang der Parteibasis einen positiven Sinn machen, d.h. zu deren Lebenserfolg beitragen. Das Gefüge bewährter Sätze in einem Parteiprogramm unterscheidet sich von der umfassenden Lebensphilosophie, die in einem Milieu gepflegt werden kann, durch den Anspruch der allgemeinen Geltung. Parteien in ihrer heutigen Form entstehen, weil so ziemlich jede Veränderung der Rahmenbedingungen irgendwie überall sich bemerkbar macht und um solche Wirkungen kalkulierbar zu halten.

Diese große Leistung von Parteien ist gerade für die politische Linke ein besonderer Vorteil. Aufs „ganz Konkrete“ ausgerichtete Bewegungen können solche oft recht handgreiflichen Fernwirkungen nicht angemessen thematisieren. Sie führen zu einer exzentrischen Urteilsbildung, die im Bereich des eigenen praktischen Lebens oft nicht oder nur sehr kurzzeitig durchgehalten werden kann, die den Weg der Erörterung leicht verfehlt und in einem manchmal stumpfsinnigen Kräftemessen ausgetestet werden muß.

Die Parteien leisten eine Verarbeitung der Lebenserfahrung ihrer Basis in Grundsätze, auf die sich im gesamten Feld der strukturierten öffentlichen Meinung und unterschiedlicher Lebenspraxis jede Person, sei es positiv, negativ oder schwankend, beziehen kann. Parteien pflegen Kenntnisse und Praktiken, die dazu nützlich sind.

Dabei leuchtet ein, daß der politischen Rechten, deren Basis die beherrschenden Stellungen in der Wirtschaft und im Staate einnimmt, die Parteien als Institute nicht so wichtig sein müssen, wie dies für die Linke der Fall ist, die ihre einschlägigen Bemühungen fast nur über ihre Parteien verrichten kann. Das macht verständlich, wieso die Linke besondere Schwierigkeiten hatte und hat, sich auf moderne Bedürfnisse einzurichten. Die modernen Bedürfnisse bestehen darin, daß die Partei die Entscheidungen bloß noch vorbereitet, die sich ihre Anhängerschaft dann in eigenem Ermessen vorbehält, statt wie früher die Entscheidungen zu fällen, denen sich die Anhängerschaft als konkretem Ausdruck ihres eigenen fortgeschrittenen Bewußtseins anzuschließen hatte. Der Prozeß der Säkularisation, den die linken Parteien durchlaufen haben oder durchlaufen müssen,

hebt ihre Unentbehrlichkeit im politischen Kampf also keineswegs auf. Sie stehen allerdings unter ständigem Beweiszwang ihres Nutzens. Seinen Nutzen beweisen zu müssen, ist etwas anderes, als überflüssig zu sein.

Zur Bildung der öffentlichen Meinung. Ein Blick auf den sozialen Raum führt uns sofort vor Augen, daß die rechts/links Spannung zwischen lebendiger und toter Arbeit sowohl in jedem Milieu zu spüren sein wird, wie sie auch Milieus in politischen Lager zusammenbindet. Der Ort dieses Zusammenbindens ist die öffentliche Meinung. Der Erfolg der Aktion wird nicht dadurch gewährleistet, daß artikulierte politische Absicht überall Zustimmung findet, wohl aber dadurch, daß sie überall aufgefaßt und sei es positiv oder negativ bewertet wird. Die Mittel zur Verbreitung einer Meinung in der Öffentlichkeit sind aufwendig und erfordern Zusammenfassung von Zeit und Geld, aber dieses Problem wird von Schwerpunktbewegungen eher effizienter gelöst. Die exklusive Leistung von Parteien liegt auf einem anderen Gebiet. Der Beschuß einer Partei über eine Forderung sagt nämlich auch aus, daß dieser Personenausschnitt der Gesellschaft bereit wäre einem derartigen Gesetz auch zu folgen. Gerade für linke Parteien, die dem gewöhnlichen Gang der Bereicherung der Reichen durch Verarmung der Armen etwas entgegensetzen wollen, ist es sehr wichtig, auf diese Weise darzustellen, wie die neuen Regeln, die gesetzt

werden sollen, ausgestaltet sein können. Eine geeignete, d.h. gewissenhaft und verantwortlich durchdachte linke Partei-propaganda kann nicht nur Kräfte sammeln, sie schafft auch eine Struktur, die ihre eigene Gewalt bindet und die immer mögliche Willkür eines Apparates einengt. Das sind Gründe, aus denen Parteimeinungen im öffentlichen Raum eine besondere Rolle spielen.

Parteien: Innere Verhältnisse und politische Zuordnung

Die inneren Verhältnisse von Parteien stehen in unlösbarem Zusammenhang mit der Einordnung in das rechts/links Spannungsfeld. Die rechten Parteien sind z.B. vom Autoritätsgedanken geprägt. Kein Mensch stört sich da an Ausdrücken wie „Chefsache“ oder daran, daß Kohl dauern im Fernsehen kommt oder von Plakatwänden blickt, mit 90+x Prozent als Parteivorsitzender gewählt wird usw. Auf der Rechten muß und darf Autorität gezeigt werden. A. Hitler beschreibt ausdrücklich, die Bedeutung Verwirklichung des Führerkultus in der NSDAP für den weiteren Verlauf des Verbrechens. Rechts, Führungskraft, Autorität, das paßt zusammen. Anders auf der Linken. Personenkult fällt hier als Stilbruch auf.

Linke Parteien, die im gesellschaftlichen Maßstab die verfestigte Tradition kritisch angreifen, müssen ihrerseits Kritik zulassen. Sie müssen ihren eigenen Bestand an nützlichen Denkwerkzeugen,

Praktiken, Kulturgütern, diesen vielleicht einzigen Hilfsmittel gegen die Ohnmacht, offen vor der Kritik ausbreiten, die sie zerstören kann; ein unerhörtes Risiko.

Bei den Autoritäten gibt es immer die höchste und bei den Reichen immer den Reichsten. Leitbilder zum Nachleben oder wenigstens Nacheifern. Ganz anders bei den Unterdrückten. Besonders extrem ausgebeutet und unterdrückt zu werden, ist kein Ziel, kein Leitbild. Aus der Utopie hergeholt Leitbildern fehlt die gesellschaftliche Wirklichkeit. Am Ende bleibt der Linken bloß noch die Verständigung übrig. Die Linke kann sich nur in Distanz zu Vorurteilen politisch finden, die mit der habituellen Verfestigung von Lebensstil und Lebensweise notwendig Hand in Hand gehen. Wenn man an den enormen ökonomischen Druck denkt, der die Stilisierung der Reproduktion erzwingt, begreift man, welche Schwierigkeiten die linken Parteien und Organisationen haben, aus allen sechs Richtungen des Raumes von einer Kultur der instinktiven Nachlässigkeit bedrängt, eine Kultur der Verständigung entwickeln. Das geht natürlich nicht perfekt, aber hier wirkt schon wenig viel; so macht ein wenig Spott viel Autorität zuschanden. Offenheit für Kritik und nachdenkende Distanz zu den zu stilisierten Leitbildern fordern demokratische Formen, stark verfaßte Rechte der Mitglieder gegenüber den Repräsentationsebenen usw.

... in und bei der PDS ...

PDS-Landesparteitag Ba-Wü

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Normalität

Am 31. Januar fand die zweite Tagung des Landesparteitags der PDS Baden-Württemberg in Karlsruhe statt zur Diskussion des Wahlprogramms; außerdem waren die übrig gebliebenen Wahlgänge zu Parteidemokratien vom November zu erledigen. Nach der ersten Tagung vom November hatten wir in den Politischen Berichten (Nr. 23/97, Seite 22) geschrieben: „Gemischte Ergebnisse lassen hoffen“, nun könnte man sagen: „Hoffnungen erfüllten sich teilweise“.

Das Wahlprogramm wurde ruhig und sachlich diskutiert, insgesamt von den etwas mehr als 50 Versammelten begrüßt. Einige Änderungswünsche werden von den Basisorganisationen, den Arbeitsgemeinschaften und den Delegierten auf dem Parteitag der PDS im April eingebrochen werden.

Bei den Wahlen zu den verschiedenen Gremien setzte sich der Trend fort, daß die PDS-Mitglieder dafür sorgen, daß Alleinherrschaft bestimmter Gruppierungen nicht stattfinden kann. In den Landesvor-

stand wurde ein weiteres weibliches Mitglied nachgewählt, möglich wäre die Nachwahl von drei gewesen. Aus dem Umkreis der Plattform Demokratischer Sozialismus, der der Landesschatzmeister Richard Pitterle angehört, kam kein Vorschlag.

Spannend war die Wahl zur Landeschiedskommission. In ihrem im Landes-Info der Partei veröffentlichten Rechenschaftsbericht war eine Entscheidung der Bundesschiedskommission scharf gerügt worden. Die Bundesschiedskommission hatte eine Entscheidung der Landeschiedskommission aufgehoben, mit der diese Einsprüche gegen den Eintritt eines Mitglieds aus Freiburg stattgegeben hatte (Stichwort: Mitgliedschaft in der kommunalen Wählervereinigung Linke Liste Freiburg, s. *Politische Berichte* 24/97, Seite 23).

Der Landesparteitag beschloß, die Schiedskommission von drei auf fünf Personen zu vergrößern, u.a. um eine Instrumentalisierung der Schiedskommission durch eine Strömung in der Partei zu erschweren. Der bisherige Vorsitzende der Schiedskommission, der auf der Versammlung ohne Ansätze von kritischer Reflexion die bisherige Arbeit der Landeschiedskommission verteidigte, wurde nicht wiedergewählt.

Fast zu einem Abbruch der Versammlung kam es bei den Wahlen zum Partei-

rat. Obwohl in der Einladung als Tagesordnungspunkt ordentlich aufgeführt, beharrte der bisherige Vertreter der PDS Baden-Württemberg im Bundesparteirat mit einer eigenwilligen Interpretation des Bundesstatuts darauf, seine Amtszeit dauere vier Jahre und er stünde nicht zur Wahl, es ginge bloß um die Wahl des bisher nicht besetzten weiblichen Mitglieds. Die Versammlung war den daraufhin von der Pitterle-Plattform angezettelten Hickhack mit Geschäftsordnung, persönlichen Erklärungen und Drohungen schließlich leid und vertagte diesen Punkt auf die nächste Versammlung – dort werden dann allerdings beide Vertreter neu gewählt.

Vor einem Jahr hatten Vertreter aus dem Vorstand (Landessprecherin, Landesschatzmeister und der im November nicht mehr angetretene ehemalige Landessprecher) das Landes-Info ohne Wahl und Diskussion auf einer Versammlung übernommen, jetzt erklärten sie (ohne Rechenschaftsbericht o.ä.), daß sie für die Redaktion nicht mehr zur Verfügung stünden. Der Parteitag bestimmte eine kommissarische Redaktion, bis auf einer der nächsten Versammlung ein Redaktionsstatut verabschiedet ist.

Das nächste ist jetzt die Aufstellung der Kandidatenliste für die Bundestagswahl. Der Parteitag hat dazu den Initiativantrag von Winfried Wolf, jetziger PDS-Abgeordneter auf der Landesliste Baden-Würt-

Was leisten Parteien?

Die Institutionen, die die Macht und das Geld repräsentieren, produzieren massenhaft Kritik der Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung. Auf dem anderen Pol stehen die linken Parteien und Verbände wie die Gewerkschaften dagegen. Das begründet Anstrengungen für eigene wissenschaftliche und publizistische Einrichtungen, die linke Politik im Unterschied zur rechten eben nicht in der Gesellschaft bereits vorfindet. Reduzierte Lebenspraxis, materielle und kulturell, sichert Herrschaftswissen vor konkreter Kritik. Die Bildungsangebote, die zu den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen passen, finden sich auf dem Markt nicht vor. Organisierte linke Politik kann sie – in bescheidendem Umfang, aber immerhin – anbieten.

Der Zwang zur kritischen Verständigung ermöglicht linker Politik ein sachorientiertes Wirken. Sie sollte in der Lage sein, eigene und gegnerische politische Forderungen in ihren Konsequenzen und Wirkungszusammenhängen darzustellen, sie kann frühzeitig Hinweise geben, welche politischen Forderungen in den aktuellen Gegebenheiten den auf die Arbeit als Lebensunterhalt angewiesenen Leuten am meisten weiterhelfen könnte und welche Pläne bloß das Eigentum auf Kosten der Arbeit weiter stärken.

Linke Politik kann heute zwischen der wissenschaftlichen Sachhaptigkeit einer Aussage und der demokratischen Zustimmung unterscheiden. Weil sich Mo-

mente der lebendigen Arbeit über alle Lebensstile hin erstrecken, kann linke Politik für die Befreiung der Arbeit in der ganzen Gesellschaft werben.

Linke Politik ist auch keineswegs darauf angewiesen, Umrisse einer künftigen Gesellschaft wie prophetisch darzutun. Sie sollte vielmehr davon ausgehen, daß diejenigen Forderungen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Emanzipation der lebendigen Arbeit von der toten, von Eigentum und Tradition fördern, gleichzeitig strukturbildend wirken und den Vorrat an solidarischen Lebenspraktiken vergrößern, der gesellschaftlich vorhanden sein muß, damit die große Ablösung der Herrschaft des Kapitals nachhaltig gelingt.

Aktuelle Probleme der PDS

Das Wahlprogramm der PDS läßt erkennen, daß die Partei den Weg der politischen Sachorientierung gehen will. Man sieht daran auch, daß der falsche Weg, die anderen Parteien des linken Lager anzugehen, um auf deren Kosten Punkte zu machen, vermieden wird. Eine erfolgreiche Propaganda der Politik der PDS wird zu einer Zunahme der PDS-Wählerschaft führen, und diese Zunahme wird mit einer Zunahme des ganzen linken Lagers verbunden sein.

Nicht klar ist, wie die PDS als Organisation sich festigen soll. Sie hat erkennbare Schwierigkeiten, ihre Chance bei der Jugend zu nutzen. Zu vermuten ist, daß die Stilisierung der Partei als staats-

tragende Kraft in diametralem Gegensatz zu Anforderungen steht, die die möglichen Mitglieder an diese Organisation stellen könnten. Positiv fällt dagegen die Bereitschaft der Partei ins Gewicht, den sozialen Widerstand in seiner selbstgewählten und selbstbestimmten Formen zu unterstützen und seine Inhalte aufzunehmen.

Interessant ist auch, daß die teils heftigen Auseinandersetzungen, die es in der Partei gibt, allem Anschein nach nicht darauf hinauslaufen, die Partei zu bereinigen, auszurichten usw. Viel eher deuten die partiinternen Wahl- und Abstimmungsergebnisse darauf hin, daß die Parteiorganisationen ein geregeltes Nebeneinander, ein positives Aufeinanderbezogensein und eine Zivilisierung der erkennbaren Strömungen und der Auseinandersetzungen anpeilen.

Der Wahlkampf mit seinen hohen Anforderungen an den politischen Sachverstand und das Einfühlungsvermögen wird eine Vielseitigkeitsprüfung.

Berichterstattung: Martin Fochler

(1) Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht, VSA VSA-Verlag Hamburg, darin: Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital

(2) Vester (Hrg.), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, 1993, Bund Verlag Köln Vester Studie

(3) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, EVA Ausgabe

(4) Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Suhrkamp 1987

temberg, und anderen mit Mehrheit beschlossen, diese Aufstellung möglichst rasch (Mitte März bis Anfang April) durchzuführen. Noch vom alten Landesvorstand war als Zeitplan beantragt, erst Mitte Mai zu entscheiden. Das hätte Zeit gegeben, um unter dem Vorwand der Suche nach „der Frau als Spitzenkandidatin“ den bisherigen Abgeordneten zu demontieren und ihn noch eine Weile in seinem Wahlkampf zu behindern. alk

PDS-Mitgliederversammlung in Hamburg

Entscheidung über die Zukunft in der Schwebe

Am 24. Januar fand die zweite gut besuchte Mitgliederversammlung der PDS Hamburg innerhalb von sechs Wochen statt; wie berichtet (s. PB 26/97), sollten Neuwahlen u.a. zum Arbeitsausschuß durchgeführt werden. Die Versammlung kam allerdings über die Wahl von bisher zwei Sprecherinnen und einem Sprecher nicht hinaus, Kandidat und Kandidatin aus den Reihen der AG Landespolitik, in der Mitglieder verschiedener Strömungen zusammenarbeiten, fanden bei der Wahl für die 4. Sprecherfunktion weder im 1. noch im 2. Wahlgang eine Mehrheit, die Wahlen für weitere Funktionen im Geschäftsführenden Ausschuß und zum Arbeitsausschuß wurden auf den 2. Teil der

In den letzten drei Wochen tourte der rote PDS-Infobus durch 10 Städte Bayerns, von Bayreuth bis Traunstein. Der leuchtend rote Bus sorgte überall für Aufsehen. Überraschend groß war das Interesse des Publikums an den inhaltlichen Materialien der PDS. Neben Programm und Wahlprogramm fand auch die umfangreiche Broschüre

„Wege aus der Massenarbeitslosigkeit“ ihre Abnehmer. Dies und die zum Teil fruchtbaren Diskussionen am Stand zeigen, daß die PDS mit einer inhaltlichen, sachorientierten Wahlkampfführung durchaus eine Chance hat. Die Verbindung des knalligen Werbemittels mit einem breiten inhaltlichen Angebot hat sich in diesem Fall bewährt. wob

Versammlung am 14.2. verschoben, wo auch der Entwurf zum Wahlprogramm diskutiert werden soll. Es ist also noch nicht entschieden, ob die PDS Hamburg in den Wahlen ihren Willen zum Ausdruck bringt, die Bandbreite der verschiedenen Sichtweisen und theoretischen Begründungszusammenhänge produktiv verarbeiten und damit eine langandauernde Blockade aufzubrechen zu wollen. Das Problem ist kompliziert, weil die Mehrheit, die durch die im studentischen Milieu wurzelnde Liste Links geführt wird, die Heterogenität im Landesverband

nicht achtet und den gesamten Einfluß der PDS für ihre speziellen Interessen und Sichtweisen zu instrumentalisieren versucht, gleichzeitig aber in der Bundespartei eine Minderheitenströmung darstellt, die um ihre Behauptung in der PDS kämpfen muß. Ein Fortdauern der Blockadesituation hätte auf den Wahlkampf negative Auswirkungen und müßte als Anhaltpunkt dafür genommen werden, daß sich die PDS in zumindest in Städten wie Hamburg sehr schwer tun wird, ihr Wählerfeld politisch zu integrieren

scc

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Veranstaltung 150 Jahre „Manifest der Kommunistischen Partei“ • 20./21. 3. 1998
in Frankfurt, Haus der Jugend • Veranstalter: Zeitschriften Sozialismus und spw

ABLAUF:

Freitag 19 Uhr: „... Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung ...“ 150 Jahre danach: das Kommunistische Manifest und die reale Entwicklung. Referat (45 Minuten): Michael Krätsch, anschl. Diskussion

Samstag, 9 bis 11 Uhr: „... Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse ...“ Entwicklungs- und Krisentendenzen der kapitalistischen Produktionsweise. Einleitende Thesen (je 15 Minuten): Elmar Altvater, Klaus-Peter Kisker

Samstag, 11 bis 13 Uhr: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Entwicklungsstendenzen der Klassenverhältnisse und sozialen Kämpfe. Einleitende Thesen (je 15 Minuten): Ursula Beer, Sebastian Herkommmer

Samstag, 14 bis 16 Uhr: „... eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Kapitalismus

und Sozialismus im 21. Jahrhundert: Prognosen, Potentiale, Perspektiven. Einleitende Thesen (je 15 Minuten): Joachim Bischoff, Uwe Kremer

Samstag, 16.30 bis 19 Uhr: „... praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder ...“ SozialistInnen, Arbeiterbewegung, Parteien: Erfahrungen und Konsequenzen. Einleitende Thesen (je 15 Minuten): Frank Deppe, Peter von Oertzen, Sybille Stamm

Kostenbeitrag DM 20,- (ermäßigt DM 10,-), Übernachtungsplätze stehen im Haus der Jugend in begrenztem Umfang zur Verfügung (ca. DM 40,- inkl. Frühstück und Mittag). Übernachtungswünsche bitte bei der Anmeldung angeben.

Anmeldung: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel. 040 - 280 505 60, Fax 040 - 280 505 68 / Redaktion spw, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231 / 40 14 11, Fax 0231 / 40 24 16, E-mail: spw-Verlag@Link-Do.soli.de

20.-22. Februar: „Jugendbasistreffen“ der PDS in Weimar

1. März 1998: Landtagswahl in Niedersachsen.

6.-8. März: Grüne BDK in Magdeburg verabschiedet Bundestagswahlprogramm

7. März: Die „Erfurter Erklärung“ lädt ein zum „Bochumer Ratschlag“ an die Universität in Bochum. Organisation: AStA Uni Bochum.

10. März: 10. Jahrestag des irakischen Giftgasmassakers in der kurdischen Stadt Halabja.

14./15. März: Frühjahrstagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln. Gäste willkommen. **Anmeldung:** Jörg Detjen, Köln, Tel: 0221 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 62 15 32. Ausführliche Einladung in der nächsten Ausgabe.

14./15. März: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in Bremen.

17./18. März: An verschiedenen Orten finden um diese Tage herum Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 statt.

22. März: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

30. März: Eröffnungskonferenz in London für die EU-Osterweiterung

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm.

ADRESSEAUFLKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart